

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00

Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: [grenz-friedensbund@foni.net](mailto:grenz-<u>friedensbund@foni.net</u>)

Außerhalb der Geschäftszeit (04 61)5 05 40
97

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

Seite

Henrik Becker-Christensen

Schleswig-Holstein - mit dänischen Augen gesehen.....77

Uwe Danker

Das Jahr 1955 und der Grenzfrieden

Diplomatische Vorgeschichte, biografische Wahrnehmung
und die Frage nach der Exportfähigkeit.....83*Dieter Brandt*

Dänisch als Schulfach in Schleswig-Holstein.....98

Umschau ab Seite 105

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.

Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte:

Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14, 25813 Husum
Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee
Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg
Redaktionsanschrift: Willi-Sander-Platz 6, 24943 Flensburg

Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22, 24941 Flensburg
Telefon 04 61 / 9 33 04 • Telefax 04 61 / 9 43 55 • E-mail: cicero-mc@t-online.de
Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

Schleswig-Holstein - mit dänischen Augen gesehen

von *HENRIK BECKER-CHRISTENSEN*

Wie aus dem Programm hervorgeht, werde ich über „Schleswig-Holstein - mit dänischen Augen gesehen“ sprechen.* Es ist ein naheliegendes Thema für einen dänischen Historiker und Diplomaten mit Wohnsitz in Flensburg. Ich werde in Kürze auf diesen persönlichen Zugang zu meinem Thema noch zurückkommen. Zunächst möchte ich aber einige einleitende Bemerkungen über Schleswig-Holstein aus dänischer Sicht machen.

Schleswig-Holstein ist ja ohne Zweifel das deutsche Bundesland, welches von den meisten Dänen besucht wird - ob es nun um eine Einkaufsfahrt, wovon es bekanntlich viele gibt, den Besuch bei dänischen oder deutschen Verwandten, Freunden oder Bekannten, um Tourismus oder die Durchreise geht. Oft handelt es sich auch um eine Kombination mehrerer der erwähnten Reisezwecke.

Jener Däne, der nicht bloß den nächsten Grenzkiosk ansteuert, sondern sich weiter südlich wagt, wird bald entdecken, dass Schleswig-Holstein mit seinen knapp 16.000 Quadratkilometern eine große landschaftliche Schönheit und viele hübsche Städte aufweist. Das Bundesland bietet eine vielfältige Natur: Wattenmeer, Marsch, Geest, eine Moränenlandschaft mit Wäldern und Seen an der Ostseeküste, hübsche Schlösser und Stadtbilder. Es ist diese Bandbreite, die es wohlbegründet erscheinen lässt, dass das Land Schleswig-Holstein auf den Fremdenverkehrsplakaten als das „Land der Horizonte“ gepriesen wird.

Persönlich freuen meine Frau und ich uns täglich über unseren eigenen Nahbereich - Flensburg. Seit meinem ersten Besuch als Kind in den 50er Jahren hat die Stadt eine große Wandlung durchgemacht und zeigt sich heute als eine ganz bezaubernde Stadt. Eines unserer bevorzugten Ausflugsziele ist die Marsch mit Deichen, Meer und Himmel. Ich kann hinzufügen, dass uns unser Weg oft auch nach Husum mit dem idyllischen Hafen - und der Möglichkeit frischen Fisch einzukaufen - führt.

Vor 15 Jahren hielt ich ein Reihe von Vorträgen in der Akademie Sankelmark über den Ochsenweg im alten Herzogtum Schleswig. In dem Zusammenhang hatten die Veranstalter auch einen Landschaftsfotografen um Mitwirkung gebeten. Die Versammlung musste den Atem anhalten, als er eine Reihe unglaublich hübscher Dias von Landschaften, Wild und Gebäuden zeigte. Er war selbst so davon fasziniert, dass er bei jedem zweiten Dia in den Ruf ausbrach: „Und das

* Vortrag des dänischen Generalkonsuls in Flensburg, Dr. Henrik Becker-Christensen, auf der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes am 5. Mai 2001 in Husum.

ist unser schönes Schleswig-Holstein.“ Damals empfand ich es als ein wenig übertrieben, es in jedem zweiten Satz zu erwähnen. Aber heute im Rückblick betrachtet, kann ich es wohl verstehen, dass die Einwohner des Landes - und Hinzugezogene wie ich selbst - unabhängig von der nationalen Gesinnung es nicht unterlassen können, die landschaftliche Schönheit zu preisen.

Was fällt einem sonst noch auf? Ja, man merkt schnell, dass Schleswig-Holstein ein modernes Industrieland ist, aber dass die Landwirtschaft - wie in Dänemark - weiterhin die Landschaft und die Gesellschaft prägen.

Man merkt auch, dass das Land von großen Verkehrsadern durchschnitten wird, dass Autobahnen und andere Straßennetze es einem erleichtern herzukommen - kreuz und quer -, aber dass sowohl dänische wie deutsche Züge bereits seit einigen Jahren eine merkwürdige Tendenz gezeigt haben, kurz vor der Bundesgrenze anzuhalten. Ich habe jedoch mit Freude zur Kenntnis genommen, dass in diesem Bereich mit der Einführung des Sommerfahrplans eine leichte Verbesserung erfolgt.

Derjenige, der das Land Schleswig-Holstein näher kennen lernt, wird auch feststellen, dass es in allen Bereichen eine wohlorganisierte Gesellschaft ist, u.a. mit einem gut funktionierenden Krankenhauswesen, das wir Dänen gern nutzen. Das gleiche gilt für das kulturelle Angebot, wo Konzerte und Opern die Dänen über die Grenze locken können. Im Sportbereich brauche ich nur die jährlich wiederkehrende Kieler Woche als einen großen Anziehungspunkt zu erwähnen. Falls wir einen Spatenstich tiefer graben, wie man es auf Dänisch ausdrückt, wird man feststellen, dass Dänemark und Schleswig-Holstein auf eine lange gemeinsame Geschichte zurückblicken können. Über lange Zeiträume war von einer nahen Verwandtschaft die Rede, in anderen Epochen von einem eher fernen Verhältnis. Das deutsch-dänische Verhältnis war von Vertrauen und Zusammenarbeit charakterisiert, aber auch von Streit und Feindschaft.

Es ist in diesem Zusammenhang zu erwähnen, dass mit dem sogenannten Riper Privileg von 1460 eine engere Beziehung zwischen Dänemark und Holstein hergestellt wurde. Dieses Privileg wurde im nationalen Kampf des 19. und 20. Jahrhunderts vorwiegend für seinen Satz darüber bekannt, dass die beiden Herzogtümer Schleswig und Holstein „up ewig ungedeelt“ bleiben sollten. Aber aus heutiger Sicht, war es genauso wichtig, dass 1460 eine Personalunion zwischen den Herzogtümern und Dänemark geschaffen wurde. Dadurch wurden sie Teil des dänischen Gesamtstaates, der außer Dänemark auch Norwegen, Island, die Färöer und Grönland umfasste. Diese politische Gemeinschaft hielt bis 1864, also mehr als 400 Jahre lang.

Wenn ich alles dies erwähne, so tue ich das, um zu zeigen, dass es innerhalb des Gesamtstaates über viele Jahrhunderte hinweg eine lebendige Wechselwir-

kung zwischen den Herzogtümern Schleswig und Holstein und dem Königreich Dänemark gab. Das spiegelte sich u.a. in einem sehr lebhaften Handel wider, auch in den dänischen Kolonien, es zeigte sich in Handwerk und Industrie, auf akademischem und künstlerischem Gebiet und nicht zuletzt im Bereich der Verwaltung. Ich möchte in dem Zusammenhang daran erinnern, dass mehrere der bekanntesten Heerführer, Minister und leitenden Beamten des dänischen Gesamtstaates im 17. und 18. Jahrhundert aus Schleswig oder Holstein kamen. Mit Blick auf das heutige Europa ist es bemerkenswert, dass der dänische Gesamtstaat damals ein multinationaler Staat war, wo Sprache und Abstammung kein Hindernis für ein friedliches Zusammenleben waren. Wenn man damals - zur Zeit des Gesamtstaates - einen Dänen gefragt hätte: Wie sehen Sie das Verhältnis zwischen Dänemark und den Herzogtümern Schleswig und Holstein, hätte er ohne Zweifel - vielleicht nach einiger Verwunderung über die Frage - geantwortet: „gut“ - oder gar „sehr gut“.

Das dauerte bis zu den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts an, als der nationale Gedanke als eine neue Kraft begann, den Gesamtstaat von innen her aufzulösen. Das neue gegensätzliche Verhältnis zwischen Dänisch und Deutsch - und Ansprüche auf jeweils ein Schleswig-Holstein bis zur Königsau und ein Dänemark bis zur Eider - führten bekanntlich zum Ausbruch des 1. Schleswigschen Krieges 1848-1850. Dänische Historiker haben traditionell von einem schleswig-holsteinischen Aufruhr gesprochen, wogegen man von deutscher Seite von einem Befreiungskrieg sprach.

Unabhängig vom Standpunkt können wir uns darüber einigen, dass es sich um einen Bürgerkrieg handelte: Dänen und Deutsche kämpften gegeneinander innerhalb desselben Staatsgebildes. Der Krieg endete militärisch mit einem dänischen Sieg, aber aus politischer Sicht war von einem „Unentschieden“ die Rede, weil die nationalen Probleme weiterhin ungelöst blieben. Erst in der zweiten Runde - im Krieg 1864 zwischen Dänemark, Preußen und Österreich - fiel mit dem Schwert eine Entscheidung. Diese bestand bekanntlich darin, dass Dänemark das ganze Herzogtum Schleswig mit einem großen dänischgesinnten Bevölkerungsanteil an die deutschen Siegermächte abtreten musste.

Diese Ereignisse Mitte des 19. Jahrhunderts führten dazu, dass viele jener Beziehungen, die bisher zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark existiert hatten, unterbrochen wurden. Dazu trug in der Zeit nach 1864 auch stark die deutsche Minderheitenpolitik im alten Herzogtum Schleswig bei. Kurz gesagt: Die nationale und territoriale Streitfrage in Sønderjylland trennte.

Die Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark 1920, die als Ergebnis zweier Volksabstimmungen erfolgte, bedeutete nur eine kurzzeitige Besserung in den deutsch-dänischen Beziehungen. Die Machtergreifung Hitlers 1933 warf

lange Schatten über die Beziehungen Deutschlands - und somit auch Schleswig-Holsteins - zu Dänemark. Der Gegensatz wurde während des Zweiten Weltkriegs durch die deutsche Besetzung Dänemarks 1940 weiter verschärft.

Falls man in der Zeit von 1840 bis 1945 einen Dänen oder eine Dänin gefragt hätte: Wie sehen Sie das Verhältnis zu den Schleswig-Holsteinern, hätte er oder sie ohne Zweifel geantwortet: „schlecht“ - oder „sehr schlecht“. Und dann hätte der Betreffende sich sogar sehr diplomatisch ausgedrückt.

Über diesen Zeitraum in der Geschichte des deutsch-dänischen Verhältnisses hat einer meiner Vorgänger, Generalkonsul Professor Troels Fink, ein Buch auf Deutsch mit dem Titel: „Deutschland als Problem Dänemarks“ herausgegeben. Dieser Titel trifft den Kern der Frage, wie man von dänischer Seite das Verhältnis zum südlichen Nachbarn erlebte. Umgekehrt zweifle ich nicht daran, dass viele Schleswig-Holsteiner damals - zumindest zeitweise - das Verhältnis zu Dänemark entsprechend gesehen haben. In einem Satz ausgedrückt, könnten sie gesagt haben: „Dänemark als Problem Schleswig-Holsteins.“

Beim Zusammenbruch des Dritten Reiches im Mai 1945 war es nicht nur in Deutschland die Stunde Null - es war auch die Stunde Null in der Beziehung zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark.

Nach 1945 ging es in den ersten 10 Jahren nur langsam vorwärts. Dies lag auch daran, dass die nationalen Probleme nördlich und südlich der Grenze weiterhin trennten. Die Verabschiedung der sogenannten Kieler Erklärung 1949 war ein Schritt auf dem Wege zur Normalisierung. Mit dänischen Augen gesehen waren es jedoch erst die Kopenhagen-Bonn-Erklärungen von 1955 über die Rechte der dänischen und deutschen Minderheiten, die die Grundlage eines guten Verhältnisses zwischen Minderheit und Mehrheit schufen.

Ende der 1970er war es soweit, dass wir beiderseits der Grenze von „einem Modellfall“ zu reden begannen - wenn die Rede auf die nationalen Minderheiten nördlich und südlich der Grenze kam. Gleichzeitig wurden auch neue Verbindungen über die Grenze hinweg geschaffen. Sie wurden Ende der 1980er ausgebaut - u.a. durch die sogenannten Interreg-Programme - und führten 1997 zur Bildung der Region Sønderjylland/Schleswig.

Falls man deshalb heute einen Dänen fragen würde: Wie sehen Sie das Verhältnis zu Schleswig-Holstein - würde ein Kenner der Verhältnisse antworten „gut“ oder gar „sehr gut“. Mit der Elle der Geschichte gemessen kann ich hinzufügen, dass es so gut ist wie niemals seit Anfang der 1840er. Wir haben uns in diesem Zeitraum von der Konfrontation hin zur Zusammenarbeit, Partnerschaft - und Freundschaft bewegt.

Der Schlüssel zu dieser positiven Entwicklung ist in den letzten 50 Jahren die Minderheitenpolitik gewesen und ihre Implementierung beiderseits der Grenze.

Mit dänischen Augen gesehen hat die schleswig-holsteinische Landesregierung, sich mit den Jahren stets stärker auf diesem Gebiet engagiert. Das geschieht in vielen Bereichen. Aber ich möchte eine Entscheidung hervorheben, der die dänische Minderheit in den letzten Jahren eine besondere Bedeutung beigegeben hat. Das ist die Ernennung eines Beauftragten für Minderheitenangelegenheiten, der einen direkten Zugang und Informationsaustausch zwischen dänischer Minderheit und Ministerpräsidentin oder Ministerpräsident sicherstellt. Jene, die mit diesem Auftrag betraut gewesen sind, haben ihn in bester Weise wahrgenommen und tun es auch weiterhin. Entsprechend hat es auch einen großen Signalwert gehabt, dass die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin mehrmals an den Jahrestreffen der dänischen Minderheit teilgenommen hat.

Auf der kommunalen Ebene sind wir in den letzten Jahren Zeugen eines verbesserten - und vielerorts wirklich guten - Verhältnisses zwischen Vertretern von Minderheit und Mehrheit gewesen. Das gleiche gilt für das Verhältnis zu den deutschen Grenzvereinen sowie anderen Organisationen und Einzelpersonen in Schleswig-Holstein.

Wenn wir auf das vergangene Jahr zurückblicken, so ist besonders die deutsch-dänische Gedenkveranstaltung anlässlich des 150. Jahrestages der Schlacht bei Idstedt am 25. Juli hervorzuheben. Dieses Ereignis wird im Grenzland als ein neuer Schritt auf dem langen Wege von der Konfrontation zur Zusammenarbeit und zu guter Nachbarschaft - sowohl über die Grenze hinweg als auch zwischen Minderheit und Mehrheit - in der Erinnerung bleiben. Es war bekanntlich das erste Mal, dass in Südschleswig eine gemeinsame Veranstaltung dieser Art stattfand. Hiermit sind wir einander einen großen Schritt näher gekommen in einem der empfindlichsten Bereiche der nationalen Koexistenz zwischen Minderheit und Mehrheit.

Man hat in den letzten Jahren nördlich und südlich der Grenze von einem „Modellfall“ gesprochen. Dem möchte ich mich gern anschließen, aber mit dem Vorbehalt, dass wir im Minderheitenbereich keine Exportware haben, die ohne weiteres auf andere problematischere Gebiete Europas übertragen werden kann.

Das, was wir vorzeigen können, ist das, was ich ein moralisches Beispiel dafür nennen möchte, dass es möglich ist, haltbare Lösungen zwischen Minderheiten und Mehrheiten zu erreichen, wenn der gute Wille beiderseits vorhanden ist.

Ich will hinzufügen, dass Minderheitenpolitik und gute Nachbarschaft einer steten Pflege bedürfen. Wir können uns nicht zurücklehnen und sagen: „Das war's.“ Auf der nationalen Ebene muss man immer damit rechnen, dass im Untergrund „Eruptionen“ Vorkommen können.

Wir müssen deshalb stets bestrebt sein sicherzustellen, dass die Entwicklung in die gewünschte Richtung verläuft. Dass Minderheitenpolitik auch einen aktiven

Einsatz der öffentlichen Hand in Form ausreichender wirtschaftlicher Unterstützung erfordert, brauche ich in diesem Kreis kaum zu unterstreichen.

Die graduelle Verbesserung im Minderheitenbereich war die Voraussetzung dafür, dass auch andere Verbindungen über die Grenze hinweg geschaffen wurden.

Die ersten Schritte wurden in den 50er und 60er Jahren mit der Veranstaltung der sogenannten „deutsch-dänischen Tage“ unternommen, die im Wechsel in den vier nordschleswigschen Städten und Flensburg stattfanden. 1972 wurde ein gemeinsames Komitee zur Untersuchung der Wasserqualität der Flensburger Förde ins Leben gerufen, 1977 wurde das Deutsch-Dänische Forum geschaffen, und 1989 wurde ein gemeinsames deutsch-dänisches INTERREG-Komitee gebildet.

In meinem eigenen Umfeld - ich denke hier an Nordschleswig und Südschleswig - sind wir in den letzten 10 Jahren Zeugen einer markanten Stärkung der Kontakte über die Landesgrenze hinweg gewesen. Es hat sich auf vielerlei Art und Ebenen vollzogen. Eines der sichtbarsten Ergebnisse ist die Bildung der formalisierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit 1997 unter dem Namen Region Sønderjylland/Schleswig. Hinzu kommen die vielen Kontakte auf kommunaler Ebene, die Zusammenarbeit zwischen dänischen und deutschen Organisationen und Institutionen - hierunter auch die Zusammenarbeit zwischen der Universität Flensburg und der Syddansk Universitet mit einem gemeinsamen deutsch-dänischen Studiengang. Dazu kommen viele andere, weniger erkennbare Verbindungen über die Grenze hinweg.

Ich möchte hinzufügen, dass Erwartungen an Tempo und Inhalt dieser Zusammenarbeit unterschiedlich sein können, aber die Richtung ist eindeutig. Da wir uns im nationalen Bereich von der „Front“ zur „Brücke“ bewegt haben, stehen wir einander heute offener gegenüber. Das hat dazu geführt, dass man in Dänemark heute nicht nur ein bedeutendes deutsches Interesse für dänisches Design oder dänische Möbelkunst, sondern auch für das dänische - und im weiteren Sinne nordische - Gesellschaftsmodell verspürt.

Entsprechend gibt es eine steigende Anzahl von Schleswig-Holsteinern, die sich - ohne Angehörige der dänischen Minderheit zu sein - die Mühe machen, in Abendkursen oder auf sonstige Weise Dänisch zu erlernen. Das ist eine neue und sehr erfreuliche Entwicklung.

Schleswig-Holstein ist im Verhältnis zu Dänemark sowohl der große wie der kleine Nachbar. Das hängt davon ab, welchen Partner man auf der anderen Seite der Grenze zu welchem Zweck wählt. Wenn es um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb der Region Sønderjylland-Schleswig geht, müssen zwei schleswig-holsteinische Kreise und eine kreisfreie Stadt einen

dänischen Kreis aufwiegen. Umgekehrt verhält es sich bezüglich des Verhältnisses zwischen dem Kreis Sønderjylland und dem Land Schleswig-Holstein, wo die Landesregierung der große Bruder ist. Auf der staatlichen Ebene ist es wiederum umgekehrt, In der Praxis verlaufen die Kontakte kreuz und quer. Und von allem am wichtigsten: Ob es nun um den großen oder den kleinen Nachbar geht, es ist mit dänischen Augen gesehen heute immer der gute Nachbar.

Das Jahr 1955 und der Grenzfrieden

Diplomatische Vorgeschichte, biografische Wahrnehmung und die Frage nach der Exportfähigkeit

von UWE DANKER

Der Beitrag ist eine leicht überarbeitete Fassung des Vortrags, den der Autor zur Eröffnung der deutsch-dänischen Historikertagung „Nationale Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum 1945-2000. Ein Exportfrieden?“ hielt. Diese gemeinsam vom „Institut for grænseregionsforskning“ und dem „Institut für schleswig-holsteinische Regional- und Zeitgeschichte“ ausgerichtete Tagung fand am 23. und 24. März 2001 in Åbenrå statt. Der Vortrag Dankers zeigt, in welcher unverkrampfter und ungezwungener Art die ‚jungen‘ Historiker miteinander ins Gespräch kommen. Es war die zweite Kooperationsveranstaltung dieser Art: Die Tagung des Vorjahres behandelte die Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzraum in der NS-Zeit. Die Vorträge sind erschienen in einer deutschen und einer dänischen Fassung, jeweils gebunden, mit Anmerkungen versehen und reichhaltig illustriert: Robert Bahn, Uwe Danker, Jørgen Kühl (Hg.), Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis, (IZRG-Schriftenreihe Band 4) Bielefeld 2001 (38,- DM); Nationale mindretal i det dansk-tyske grænseland 1933-1945, Institut for grænseregionsforskning Åbenrå, 2001. Auch die diesjährige Veranstaltung wird in einer deutschen und einer identischen dänischen Publikation vollständig dokumentiert.

Die Redaktion

Das Jahr 1955 ist für unsere Tagung, in die ich einführen darf, wie wir alle wissen, von besonderer Bedeutung: Es ist das Jahr der Erklärungen von Bonn und Kopenhagen, der Fluchtpunkt eines Friedens hier in der deutsch-dänischen Grenzregion, eines Friedens, dessen Exportfähigkeit wir auf dieser Tagung in einer wieder von nationalpolitischen Krisen geschüttelten und wieder gewalt- und kriegsgewohnten europäischen Gegenwart - wer von uns hätte diese anachronistische Wirklichkeit vor 15 Jahren auch nur erahnen können - diskutieren wollen.

1955 ist auch das Jahr, in dem ich zwar nicht geboren, aber doch nachweislich als Inselfrise gezeugt wurde. Das erzähle ich deshalb, weil ich Ihnen berichten will, wie schwer mir - biografisch betrachtet - der Zugang zu unserem Thema fiel: Ein Teil meiner Familie mütterlicherseits war seit 1920 zu Dänemark gehörig, ich wuchs auf im Grenzraum, zunächst in Achtrup und erlebte die prägend-

te Zeit zwischen dem 6. und 12. Lebensjahr in Aventoft, dort im Schulgebäude, also wenige Meter von der Grenze entfernt.

Die Perspektive eines Jungen

Diese Grenze, deren historischer Wert mir nach ihrer Wiedererrichtung im Mai 1945 sehr wohl bewusst ist und deren in wenigen Tagen bevorstehendes Fallen hier in Dänemark derzeit die Emotionen in Wallung bringt, galt für uns Kinder nicht: Wir wechselten sie, wann und wo wir wollten. Und doch war sie sehr präsent, nicht nur durch die grünen deutschen und blauen dänischen Grenzbeamten mit ihren beiderseits weißen Staats-Mützen: Nein, hier, in Deutschland, waren die einen, da, in Dänemark, die anderen, die anderes Brot backten, so schöne Smørbrødplatten machten, allerorten, nämlich in Møgletønder und in Tønder einen öffentlichen Park besaßen. Und da gab es vor allem meinem Onkel Mathias, den deutschstämmigen, ehemals dänisch-gesinnten Nord-schleswiger, der für Deutschland im Ersten Weltkrieg unfreiwillig im Feld gestanden hatte und jetzt ein dänischer Bauer war, einen Buckelvolvo fuhr und mit dem ich verwandt war, der, wie ich glaubte, den Typus des Dänen repräsentierte, Vertreter derjenigen war, die zugleich so gemütlich wie achtersinnig, so selbstironisch wie weise sprechen konnten. - Das war für mich, den kleinen Jungen, Dänemark, der andere Staat in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Wichtiger war natürlich Aventoft. Als wir 1961 zuzogen und mein Vater die zweiklassige deutsche Dorfschule übernahm, machte er, was ein sehr ambitionierter Pädagoge in seiner ersten Schulleitung macht: Er rackerte und ackerte, er legte den Sportplatz mit eigenen Händen an, ließ später das Schwimmbad bauen und profilierte sich als Reformpädagoge an dieser Schule, in diesem Dorf. Reformpädagogik in einer Schule mit vier bis fünf Jahrgängen in einem Klassenraum hieß neben der revolutionären Tat, die Schülerinnen und Schüler des 9. Jahrgangs auch mal über die langhaarigen Beatles einen Aufsatz schreiben zu lassen, vor allem zweierlei:

1. Die Bildungsöffnung, das heißt erstmalig in Aventofts Geschichte das pädagogische Bemühen, möglichst viele Schülerinnen und Schüler auf weitergehende Schulen oder sogenannte Aufbauzüge in Zentralorten wie Neukirchen oder Niebüll zu schicken. Dazu musste die Gemeinde einen Schulbus mit Hausmeister und Fahrer bewilligen und bezahlen, und sie bewirkte damit natürlich auch den zur Moderne in strukturschwachen Regionen gehörenden Wegzug der Ambitionierten.
2. Die absolute Durchsetzung der deutschen Sprache in der Schule, damit in der Folge auch in der herrschenden dörflichen Kultur der Gemeinde.

Diese zwei Aspekte, insbesondere das Gewicht des zweiten, waren mir damals bereits sehr offenkundig: Es wurde darüber zu Hause gesprochen, und es leuchtete mir ein, dass Vater Ernst Danker alarmiert war, als er bei unserer Ankunft feststellte, dass die übliche Umgangssprache im Dorf das Sønderjysk darstellte, eine Sprache, die beruflich außerhalb der engen Region nichts nutzte - was er als Holsteiner mit seinem Neumünsteraner Platt schon selbst erlebt hatte deren tägliche, ja muttersprachliche Nutzung aber, so beobachtete er zumindest, dazu führen musste, dass die örtlichen Schülerinnen und Schüler Schwierigkeiten hatten, das Hochdeutsche mündlich vollendet und schriftlich einigermaßen zu nutzen, was für ihre Zukunft aber so wichtig schien.

Als wir 1967 weiterzogen, hatten meine Eltern Dänisch gelernt, allerdings volkshochschulgerechtes Reichsdänisch, und, viel wichtiger natürlich: Jetzt sprach die Jugend Aventofts stark überwiegend deutsch; viele, ja sehr viele besuchten weiterführende Schulen. - Wir alle kennen diesen Weg des Strukturwandels, dieses endgültige Plattmachen kultureller und sprachlicher Vielfalt in den 60er Jahren. Ich halte diesen Weg übrigens noch heute im Kern für richtig, weil die - durchaus schmerzhaft - Prioritätensetzung richtig war. Die dörflichen Honoratioren und die Mehrheit des Restes befürworteten damals diese, sagen wir mal: neue deutsche Kulturpolitik. Denn es ging um Chancen ihrer Kinder, um Migrationsfähigkeit, um den letzten Anschluss an die Moderne. - Und es ging zu keinem Zeitpunkt, so zumindest meine feste Erinnerung, um nationale Klarheit oder gar das Deutschtum!

Die deutschen Aventofter, so die äußerliche Folge dieser Politik, sprachen jetzt überwiegend und zumindest immer besser deutsch. Bis dahin - und bin mir sicher: auch sogar während der NS-Zeit - hatten auch die deutschgesinnten Aventofter s0nderjysk gesprochen. Wir wissen ja: Sprache ist hier in der Region kein Ausdruck nationaler Zugehörigkeit oder entsprechenden Empfindens.

Aber es gab sie weiterhin, die anderen, die sønderjysk sprechenden und auch des Reichsdänischen mächtigen Aventofter, deren Kinder zur einklassigen dänischen Schule gingen, die ausschließlich und für den gesamten Bedarf dort einkauften, wo wir nur das Brot holten: beim „dänischen Bäcker“. Das waren die Angehörigen der dänischen Minderheit. Wir hatten wenig bis gar keinen Kontakt zu ihnen. Aber ihr Bekenntnis war uns bekannt, und ich verstand auch bereits unmittelbar, was eine technische staatliche Grenzziehung auslösen müsste: die Produktion nationaler Minderheiten auf beiden Seiten. Meine persönliche Wahrnehmung - die bekanntlich tief irren kann - lautete, dass man im Dorf zusammenlebte, einander gut kannte, sich aber doch kulturell in zwei klar unterscheidbaren Milieus bewegte. Am sichtbarsten machte es sich für den kleinen jungen Uwe Danker fest am Einkäufen, am unterschiedlichen Schulbesuch, auch an der

klaren Scheidung der Kirchgänge, die indes bei Beerdigungen nicht galt. Mit diesen Wahrnehmungen und diesem selbstverständlichen Leben im geographischen Raum der Minderheiten wurde ich groß - und ziemlich alt, bis ich langsam auf völlig neue, nämlich sekundäre Weise Zugang zum Thema fand beziehungsweise finden musste. Im Historischen Seminar der Universität in Kiel, wo ich Mitte der 70er Jahre studierte, missachtete ich Veranstaltungsankündigungen, die sich auf den „Grenzfrieden“ oder auf den „Nationalen Gegensatz in Schleswig“ bezogen, aus Desinteresse, wunderte mich nur ein wenig über deren offenbare Bedeutung in diesen .heiligen Hallen¹. Erst meine kurz darauf langsam einsetzende und intensive Freundschaft mit dem Landespolitiker Kurt Hamer konfrontierte mich ernsthaft mit unserem heutigen Thema. Anfangs verstand ich Kurt nicht, wunderte mich über seinen sozialdemokratischen Brückenbau zur deutschen Minderheit in Nordschleswig; ja ich stritt mich mit ihm, indem ich sein Engagement distanziert veralberte, weil es mir so anachronistisch und so unnütz erschien. Bis ich merkte: Es ist ihm ernst, und es ist sogar ein ernst zu nehmendes Thema.

Gut zehn Jahre später, 1992, war ich informiert und neugierig genug, dass ich Randy, eine Freundin, die damals für Karl-Otto Meyer, also den SSW, arbeitete und zur Minderheit gehörte, in ihrer Stadt Flensburg besuchte, als das Endspiel Deutschland-Dänemark während der Fußball-Europameisterschaft stattfand. Wir sahen die Übertragung auf dem Nordermarkt, es gab einige deutsche und zahlreiche dänische Fahnen. Die Stimmung war toll, friedlich, Dänemark gewann das schöne Spiel verdient, ich hatte meinen Riesenspaß, und die deutschen Wimpel zogen sich bedrückt und enttäuscht zurück. Am interessantesten aber wurde das Nachspiel: Es fand statt in der örtlichen Kneipenkultur der dänischen Minderheit, sozusagen nach dem 8. Bier. Da kamen zu später beziehungsweise früher Stunde, wie man so sagt, Dinge hoch, die im friedlichen Alltag in der Regel nicht zu spüren sind. Wie soll ich das zusammenfassen? Da fühlten sich Leute stark, zumindest bestärkt. Da gab es Äußerungen und Äußerungsformen, die mehr zu beinhalten schienen als Triumph, sie deuteten - je später desto klarer - eher auf triumphale Gefühle von Leuten, die sich entweder unverkrampft national, manche auch nationalistisch äußerten - was mich als relativ jungen Deutschen vor unserer ganz anderen Geschichte immer befremdet - oder sie deuteten, was mir noch klarer auffiel, auf Gefühle hin, die anmuteten wie: Wir kleinen Dänen, wir haben es denen mal gezeigt, und erst recht wir besonders Kleinen, die Dänen in Deutschland! Da war also - plötzlich - etwas zu spüren, was nicht dem skurrilfriedlichen und versöhnten öffentlichen Bild auf dem Nordermarkt entsprach, etwas, das mir vielgesichtig schien und das auf jeden Fall spürbar tief in der Geschichte des Grenzraums wurzelt.

Warum erzähle ich das alles? Weil ich Ihnen sagen will: Die Sensibilität für dieses Thema, das Gefühl für die Konflikte, habe ich mir im Laufe der Zeit erst richtig aneignen, ja erarbeiten müssen, weil sich beides in meiner Biografie so überhaupt nicht wahrnehmbar gespiegelt hatte! Und das, obwohl ich mitten in den Raum geboren und mitten in die letzten Auseinandersetzungen - aus bildungspolitischer Perspektive allerdings - geriet.

Und dabei bin ich kein Kid der 90er Jahre, sondern ein Junge der 50er. Ich wurde geboren genau zehn Jahre nach der massiven, teilweise mehrheitlichen Hinwendung zur dänischen Gesinnung, ja dem letzten Grenzkampf in Schleswig, zu einem Zeitpunkt, als der Kulturkampf - den Bonner und Kopenhagener Erklärungen zum Trotz - noch nicht der Vergangenheit angehörte.

Zwei absolut vorwissenschaftliche Lehren will ich aus dieser eigenartigen eigenen Geschichte ableiten, damit ich mir nicht eingestehen muss, völlig blind durch die Welt gelaufen zu sein:

1. So schnell, so verdeckt und so nachhaltig kann ein nationalpolitischer Konflikt befriedet werden. So nämlich, das jene, die ihn noch in den Ausläufern erleben, ihn gar nicht mehr wirklich wahrnehmen.
2. Und doch: Es bleibt etwas, es lebt etwas untergründig, ja unterirdisch fort, was sich nur am enthemmenden Biertisch nach einem fulminanten Sieg im fußballerischen Ersatzkrieg von David gegen Goliath unter seinesgleichen äußert: der kulturell-nationale Gegensatz. Aber vielleicht, so mein Eindruck, äußern sich in dieser Sprache des Nationalen artikulierte Gefühle, die zwar in einer nationalen Minderheitszugehörigkeit wurzeln, aber auch Anmutungen beinhalten, einer Minderheit im soziologischen Sinne anzugehören, also Ansätze von Benachteiligung, Fremdheit und Verachtung zu erleben, partielle Minderwertigkeit als Zuschreibung zu erfahren.

Also: Seit der Freundschaft zu Kurt Hamer weiß und seit der Fußballmeisterschaft 1992 fühlt der erwachsene Uwe Danker, dass da mal was war, dass da ein Konflikt gelöst wurde, der jedoch noch immer eine wenn auch geringe Virulenz besitzt. Dieser Konflikt, in diesem Fall seine Nachkriegsgeschichte und vor allem seine Lösung und deren Bewertung bis zur Frage, ob unser Grenzfrieden und unser Minderheitenmodell exportfähig sind, bildet das Thema der zu eröffnenden Tagung.

Die hohe Kunst der Grenzlanddiplomatie

Auf die Exportfrage komme ich am Ende zurück. Lassen Sie mich, was meine Aufgabe auch ist, erste Schlaglichter auf das Thema unseres wissenschaftlichen Interesses werfen. Vor wenigen Jahren studierte ich - mit viel Freude übrigens -

den Forschungsstand für unser Thema sehr genau und brachte die Erkenntnisse für eine Zeitungsserie und eine Broschüre der Landeszentrale für Politische Bildung in meine Sprache; das Folgende basiert auf dieser Arbeit, so dass ich auf Verweise und Belege verzichten will. Ich darf in dieser Runde das Phänomen der massenhaften, teilweise mehrheitlichen Hinwendung zur dänischen Minderheit in Südschleswig unmittelbar nach dem Kriegsende als ebenso bekannt voraussetzen wie die dänische „Rechtsabrechnung“ mit der deutschen Minderheit in Nordschleswig, die Entwicklung der Minderheiten einschließlich ihrer Organisationen bis hin zur skurrilen SPF und schließlich auch die Umkehrung der Zahlenverhältnisse im Vergleich zwischen den beiden Minderheiten vor und nach der NS-Zeit. Und ich setze auch unser Wissen über die Vorgeschichte des Grenzkonflikts und der Minderheitenkonstruktion voraus, außerdem die Kenntnis der bedrückenden NS-Erfahrungen der dänischen Minderheit im Süden und der zeitgleichen, eigenartigen Traumatisierung der deutschen Minderheit im Norden Schlesiens.

Daher werde ich meine Schlaglichter lediglich auf die diplomatische Ebene beim Zustandekommen des Grenzfriedens richten und dabei vor allem der wissenschaftlichen Spur des geschätzten Kurt Jürgensen folgen. Ich beschränke mich auf das Thema Südschleswig, denn allein hier war seit 1945 der Problemdruck vorhanden, der die Grenzfrage kurzfristig neu auf die Tagesordnung setzte und eine dauerhafte Minderheitenlösung provozierte.

Die reichsdänische Koalitionsregierung der nationalen Sammlung hatte 1945 von Anfang an eine klare Position eingenommen. Der sozialdemokratische Staatsminister Vilhelm Buhl und sein konservativer Außenminister Christmas Möller, ein wichtiger Grenzexperte mit guten Kontakten nach Großbritannien, verantworteten in der Thronrede am 9. Mai 1945 den entscheidenden, wohlformulierten Satz: „Die Regierung, welche auf dem Boden des nationalen Selbstbestimmungsrechts steht, ist der Auffassung, dass Dänemarks Grenze festliegt.“

„Danmarks Grænse ligger fast.“ An diese Richtschnur der Außenpolitik hielten sich schließlich auch die Folgerregierungen. Aber zur Politik gehören immer auch Populisten. Als im November 1945 der Chef der Venstre-Partei, Knud Kristensen, einer neuen Minderheitsregierung Vorstand, fand sich in der ersten Regierungserklärung zwar die „nationale Selbstbestimmung“, aber nicht mehr die „feste Grenze“. Die neue Regierung gab sich risikobereiter. Die innenpolitische Ursache dafür lieferte auch eine starke Volksbewegung insbesondere in Jütland, die die Wünsche der südschleswigschen Brüder und Schwestern nachhaltig unterstützte. Organisationen mobilisierten nördlich der Grenze die Öffentlichkeit. Bis Februar 1946 brachten sie 500 000 Unterschriften auf, 1950 sogar 800 000

zur Sicherung der politischen und kulturellen Stellung der dänischen Südschleswiger. - Die Mehrheit der dänischen Bevölkerung, so zeigten Umfragen, war für eine Volksabstimmung in Südschleswig.

Immer wieder intervenierte die dänische Außenpolitik bei britischen Besatzungsbehörden in Norddeutschland. Die britische Seite musste manche der Interventionen als nervende Einmischung in ihre Angelegenheiten werten. Immerhin bestrafen Forderungen, Flüchtlinge aus Schleswig auszuweisen oder gar die Verwaltungstrennung von Schleswig und Holstein durchzuführen, die eigene Verantwortung als Besatzungsmacht. Schließlich startete die Regierung in London eine diplomatische Attacke, die in Lehrbücher für Außenpolitik gehört: Am 9. September 1946 richtete die britische Gesandtschaft in Kopenhagen ein Memorandum an das dänische Außenministerium, in dem es unter anderem heißt: „Obgleich die Regierung Seiner Majestät nicht bereit ist anzuerkennen, daß die dänische Regierung das formale Recht hat, zum Schutze des dänischen Teils der deutschen Bevölkerung Südschleswig zu intervenieren,“ sei „Die Regierung Seiner Majestät erfreut, daß sie alten und geschätzten Freunden und Verbündeten derartige Zugeständnisse hat einräumen können.“ Sie habe den Eindruck gewonnen, „daß es der Wunsch der dänischen Regierung ist, den dänischen Teil der deutschen Bevölkerung Südschleswigs nunmehr Dänemark einzugliedern.“ - Nach diesen diplomatischen Rüffeln folgt der entscheidende Absatz: „Die Regierung Seiner Majestät ist daher bereit, jeden Vorschlag zu überprüfen, der abzielt entweder auf einen Bevölkerungsaustausch oder eine Volksabstimmung mit anschließender Grenzberichtigung oder eine einfache Grenzberichtigung ohne Volksabstimmung. Von welchem dieser Vorschläge die dänische Regierung auch Gebrauch zu machen wünscht, das Entscheidende ist..., daß er umgehend oder in allernächster Zukunft durchgeführt wird.“

Vorgeblich also durfte Dänemark wählen, ob es in der Grenzregion die Minderheiten umsiedeln wolle, ob es eine neue Volksabstimmung zur Grenzregulierung bevorzuge oder schließlich ob es gar eine Grenzregulierung nach Süden ohne Volksabstimmung wünsche. Historiker haben darum gestritten, ob diese Offerte ernst gemeint war oder nicht. Wahrscheinlich war sie beides: Wäre eines dieser Angebote angenommen worden, hätte London wohl schlecht nein sagen können. Andererseits konnte man in Großbritannien sehr sicher davon ausgehen, dass die dänische Regierung diese drei Möglichkeiten ablehnen würde. Denn: Ein Bevölkerungsaustausch kam, auch vor dem Hintergrund der inhumanen Bevölkerungsbewegungen in Mittel- und Osteuropa, nicht in Frage, ebenso wenig eine Grenzverschiebung ohne Volksabstimmung. Manche glauben, für Flensburg und weitere grenznahe Regionen sei von der dänischen Regierung die Chance des Staatswechsels verpasst worden. Aber für die Angliederung

ganz Südschleswigs an Dänemark auch nach einer Volksabstimmung gab es im Folketing keine Mehrheit. Man wollte sich nicht die Probleme dieses Landesteils ins Land holen: Hunderttausende Flüchtlinge, die nun einmal da waren, eine auf jeden Fall verbleibende starke deutsche Minderheit, auch die Erblasten nicht, die sich aus ehemals hohen NSDAP-Stimmanteilen ergeben hätten. Wahrnehmung der Interessen der dänischen Bewegung in Südschleswig ja, vielleicht auch ein langfristiges Abwarten, aber eines bitte nicht: die sofortige Übernahme der vollen Verantwortung.

Die dänische Außenpolitik reagierte elegant. Auch die „Oktobernote“ gehört in Lehrbücher der Außenpolitik: Dänemark wies den schwarzen Peter zurück, ohne Prinzipien aufzugeben. In dem Memorandum des dänischen Außenministeriums am 19. Oktober 1946 heißt es unter anderem, dass die dänische Regierung weiterhin dafür eintrete, dem dänischgesinnten Teil der Bevölkerung Südschleswigs die „Möglichkeit freier kultureller und politischer Lebensentfaltung“ sicherzustellen, „so dass der friedliche nationale Wettstreit zwischen Dänisch und Deutsch sich unter gleichen und sicheren Bedingungen entfalten kann.“ Außerdem werde Dänemark weiterhin „die Aufmerksamkeit der betreffenden Alliierten Mächte“ auf die Gefahren lenken, „welche die Ansiedlung einer großen Zahl landfremder Flüchtlinge in Südschleswig mit sich bringt.“ Kurz: Man werde sich weiter einmischen. Aber: „Die dänische Regierung hat der britischen Regierung keine Veranlassung gegeben, diese drei Möglichkeiten (der Grenzverschiebung) vorzubringen ... Die Lage ist indessen noch nicht geklärt, und ob der Gesinnungswechsel, der bei vielen Südschleswigern stattgefunden hat, von Dauer ist, kann nur die Zeit erweisen. Unter diesen Umständen beabsichtigt die dänische Regierung nicht, irgendeine Änderung in Südschleswigs nationalem Zugehörigkeitsverhältnis vorzuschlagen. Es muss daher der Entscheidung der Bevölkerung Südschleswigs überlassen bleiben, ob sie die Frage nach der Möglichkeit, von ihrem natürlichen Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen, zu erheben wünscht.“

Das war klug, nämlich selbstbewusst und vorsichtig zugleich. Ohne die Forderungen der dänischen Minderheit auszublenken, hatte man sich, was die Ausweitung des eigenen Territoriums anging, selbst beschieden. Wie wir heute wissen: keine verpasste Chance, sondern weitsichtiger Verzicht auf ein Kuckucksei. Die dänische Seite entschied sich für die Freiheit der weiteren Einmischung ohne Verantwortung.

Die britischen Besatzungsbehörden selbst hatten von Anfang an sehr skeptisch auf die neudänische Bewegung in Schleswig reagiert. Die deutsch-dänische Grenze als Ergebnis einer Volksabstimmung stellten sie nicht in Frage. Auch

das Selbstbestimmungsrecht von Deutschen, die immerhin gerade den furchtbarsten aller Kriege auch gegen sie geführt hatten, rangierte nicht oben auf ihrer Prioritätenliste. Ein Ausstieg aus Geschichte und Verantwortung, so ließen sich die Anschlusswünsche ja deuten, kam nicht in Frage.

Nachdem bei der Landtagswahl im April 1947 mit fast 100 000 dänischen Stimmen der Höhepunkt der neudänischen Bewegung in Schleswig-Holstein erreicht worden war, kam es im Oktober 1947 zu vorgezogenen Neuwahlen des dänischen Folketings. Knud Kristensen hatte die Wahlen erzwungen, ausgerechnet wegen Südschleswig. Und genau mit diesem Thema scheiterte er. Unter ihrem Vorsitzenden Hans Hedtoft bildeten die Sozialdemokraten eine Minderheitsregierung, die, entsprechend der zurückhaltenden sozialdemokratischen Grenzpolitik, wieder eine klare Politik des „Gnenser ligger fast“ betrieb. Und sprach sie von Abwarten, so meinte sie, dass eines Tages die neudänische Bewegung einschlafen, sich erledigen würde.

Mit der jetzt erreichbaren dänisch-britischen Übereinstimmung, dass kein Grenzproblem vorliege, sondern eine Minderheitenfrage, wurde der Weg frei zur Konfliktlösung. Im übrigen ging auch die Weltgeschichte weiter: Der Kalte Krieg bestimmte Außenpolitik in der gesamten Welt, die Westwährung wurde geschaffen, der Weg zum westdeutschen Grundgesetz beschritten. Auf Bitten der dänischen Seite fand nach langen Vorbereitungen vom 18. bis 23. Oktober 1948 die Londoner Konferenz zur Südschleswig-Frage statt. Der auf britischer Seite leitende Lord Henderson, Unterstaatssekretär im Foreign Office, resümierte am Ende: Die von dänischer Seite vorgetragene Wünsche nach einer Entfernung der Flüchtlinge aus Schleswig und nach einer verwaltungsmäßigen Abtrennung Schleswigs von Holstein könne und wolle Großbritannien nicht erfüllen. Er gehe davon aus, dass ein verfassungsmäßig abgesicherter Schutz der Rechte der dänischen Minderheit in Südschleswig eine zufriedenstellende Basis für einen endgültigen Frieden in der Grenzregion darstellen könnte. Und in direkter Anspielung auf die Teilung der Welt und die Bedrohungsgefühle des Westens fuhr Henderson fort: „Ich möchte Ihnen nahelegen, daß Sie Ihre nationale Sicherheit jetzt nicht auf der Basis von Südschleswig betrachten, sondern auf der Basis der Sicherung der Einfahrtswege in die Ostsee gegen Druck und vielleicht Angriff aus dem Osten und auf der Grundlage, wieviel willige politische und andere Unterstützung Sie von Ihren Nachbarn im Norden und Süden und natürlich auch im Westen erhalten werden.“

Die dänische Politik stellte sich den neuen Rahmenbedingungen. Und in Südschleswig frohlockten Deutschgesinnte: „Der Traum ist aus. Dänemark will nicht.“ Henderson hatte seinen Gesprächspartnern ein Vorgehen nahegelegt, das sie beschritten. Die reichsdänische Seite überzeugte die Vertreter des SSV

davon, dass dieser an die Landesregierung herantreten solle mit dem Ziel, Verhandlungen über die verfassungsrechtliche Absicherung der Minderheitenrechte einzuleiten. Die britischen Behörden ihrerseits wirkten auf die schleswig-holsteinische Landespolitik ein. Und auch hier entwickelte sich die Lage nicht ungünstig: Seit 1947 regierten die Sozialdemokraten mit absoluter Mehrheit. Der eigentlich starke Mann der sozialdemokratischen Landespolitik war spätestens seit 1948 Andreas Gayk, Oberbürgermeister von Kiel und Fraktionsvorsitzender im Landtag. Von ihm stammten zwar härteste Formulierungen im Grenzkampf, aber er leitete auch die politische Umkehr der Landes-SPD ein.

Ergebnis der Verhandlungen zwischen SSV und Landesregierung war die „Kieler Erklärung“ der Landesregierung vom 26. September 1949. Ihre Schlüsselstelle lautete: „1. Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden. 2. Die dänische Minderheit, ihre Organisationen und Mitglieder dürfen am Gebrauch der gewünschten Sprache in Wort, Schrift oder Druck nicht behindert werden.“ - Damit sollte ein Schlusstrich unter die Debatte um ‚echte‘ und ‚unechte‘ Gesinnung gezogen werden: Das ‚subjektive Prinzip‘ wurde verbrieft: Däne ist, wer Däne sein will.

Die Kieler Erklärung sollte, wie sich später zeigen würde, neues, vorbildliches Recht prägen. So stolz die Landespolitik noch heute auf die Erklärung ist: Es war allein die Weitsicht politisch Verantwortlicher in Dänemark und Großbritannien gewesen, die sie erzwang.

Hier, im Land Schleswig-Holstein, kennzeichneten nicht Weitsicht und Weisheit, sondern - überparteilich - eher kultureller Kampfeswille - und manch eigenartiger Ton auf beiden Seiten - das politische Geschehen: Die sozialdemokratischen Landesregierungen von 1947 bis 1950 prägten vor, was die bürgerlichen Regierungen Bartram und Lübke in den anschließenden Jahren ebenfalls kennzeichnete: eine Politik der Nadelstiche gegen die dänische Minderheit, gekoppelt mit wirtschaftsfördernder Strukturpolitik für die Region und einer kulturellen Offensive. Die Umleitung erheblicher Finanzmittel zur Arbeitsbeschaffung in den nördlichen Landesteil korrelierte bereits 1948 mit kleinlichen Erschwernissen bei der freien Schulwahl für Kinder dänischgesinnter Eltern. In den Wahlkämpfen fielen harte und nationalistische Töne. Anfang 1949 schien die Wende erreicht. Aber 1950 verlor die SPD auf dramatische Weise die Landtags wahlen: insbesondere bei den Flüchtlingen und Vertriebenen, für deren Anerkennung und Integration auch im nördlichen Landesteil sie so rigoros gekämpft hatte.

Die konzertierte deutsche kulturelle und politische Aktion war jetzt tatsächlich in der grenz- und minderheitenpolitischen Offensive. Nach dem schnellen Scheitern der neuen bürgerlichen Regierung Bartram wurde der Flensburger Landrat

Friedrich Wilhelm Lübke 1951 Schleswig-Holsteins Ministerpräsident. In seiner Amtszeit bis 1954 betrieb er die Forcierung der Politik der Nadelstiche. Allein 1952 wandte sich die dänische Minderheit zweimal mit Beschwerden an den Bundespräsidenten; auch der dänische Außenminister intervenierte bei Kanzler Adenauer. Lübke ließ sich kaum beeindrucken. Er propagierte offiziell eine Politik der rechtlichen, kulturellen und politischen Gleichbehandlung der Minderheiten südlich wie nördlich der Grenze: Was der dänischen Minderheit in Deutschland gewährt werde, das müsse auch der deutschen Minderheit in Dänemark ausdrücklich eingeräumt werden. Zum einen war das naheliegend, weil gleich und gerecht. Zum anderen aber blendete diese Forderung Entwicklungen der jüngsten Geschichte aus: Die deutsche Minderheit in Dänemark war ziemlich verstrickt gewesen in die NS-Herrschaft - und wurde nach den Erfahrungen mit der deutschen Besetzung zunächst entsprechend behandelt, wenn sie auch sehr schnell ihre Rechte wiedererlangte. Zur Stabilisierung der deutschen Position im Grenzraum intensivierte die Regierung Lübke mit dem „Programm Nord“ die Strukturpolitik für den Landesteil. Einschneidender noch wirkten die ab 1950 einsetzenden Abzüge von Flüchtlingen und Vertriebenen, die im Bundesgebiet neu verteilt wurden oder in Regionen abwanderten, in denen die Wirtschaft boomte.

1954, am Ende der Regierungszeit Lübkes, war für die dänische Minderheit in Südschleswig wieder unfeierliche Normalität eingeleitet. Jetzt hatten sich Stimmen- und Mitgliederanteil auf unter 50 000 bewegt. Die Grenzproblematik war längst den normalen Problemen einer Minderheit gewichen: Sie kämpfte um eine Ausnahmeregelung von der 5-Prozent-Klausel, um Sicherstellung der Landeszuschüsse für ihre Schulen, um Kirchenräume und um den kulturellen Schutz ihrer Sprache. Jetzt neigte sich die letzte Auseinandersetzung im deutsch-dänischen Grenzraum tatsächlich ihrer Friedensregelung zu. Der neue und junge Ministerpräsident von Hassel bekannte sich noch 1954 in seiner Regierungserklärung zur Kieler Erklärung von 1949 und deutete sein Interesse an einer endgültigen und zwischenstaatlichen Minderheitenregelung an. Als im Zusammenhang mit der Erlangung der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland und der Wiederbewaffnung durch den deutschen Beitritt zur NATO der dänische Außenminister H. C. Hansen auf einer NATO-Tagung 1954 die dänische Minderheit in Südschleswig zum Thema machte, folgten Verhandlungen zur Lösung der Minderheitenfragen in Deutschland und Dänemark. Für die Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 gilt, lax ausgedrückt: Sie schufen ein neues Stück Völkerrecht, ohne dass sie selbst Völkerrecht wären. Denn ausdrücklich hat das kleine Dänemark jede völkerrechtliche Bindung ihrer Minderheitenpolitik abgelehnt, weil daraus Einmischung anderer Staaten folgen

kann. Die Erfahrungen mit „Sudetendeutschland“, Danzig und weiteren „Heim-ins-Reich-Aktionen, auch die Hoffnungen der deutschen Minderheit in Nord-schleswig 1933 oder 1940 sollten sich niemals wiederholen können.

Daraus entstanden die beiden weitgehend identischen, aber innerstaatlichen Selbstverpflichtungen Dänemarks und der Bundesrepublik, die Rechte ihrer nationalen Minderheiten ausdrücklich zu betonen und auch einige Privilegien zu gewähren. Die Bundesregierung sicherte am 29. März 1955 der dänischen Minderheit zu, dass im Bundes- und Landeswahlgesetz eine Ausnahme von der Prozent-Klausel erhalten bzw. geschaffen werde, dass die Zuschüsse für Schulen der Minderheit wieder 80 Prozent der Aufwendungen ausmachen würden, dass anerkannte Schulabschlüsse möglich seien. In der eigentlichen „Bonner Erklärung“ wird dann das friedliche Zusammenleben beschworen, auf die europäische Menschenrechtskonvention sowie die Kieler Erklärung verwiesen und der Katalog der Grundrechte aufgelistet. Vor diesem Hintergrund gelte das schon in der Kieler Erklärung formulierte subjektive Nationalitätenprinzip.

Mit der parallelen Kopenhagener Erklärung war der Frieden geschlossen. Und er erwies sich als sehr stabil. In Schleswig-Holstein hat Minderheitenschutz inzwischen Verfassungsrang. Die dänische Minderheit hat sich eingependelt bei einem Stand von knapp 20 000. Damit bleiben die Vorkriegsrelationen auf dem Kopf, die dänische Minderheit viermal so stark wie die deutsche nördlich der Grenze: Längst nicht alle der „Neudänen“ hatten sich wieder abgewandt.

I. Ein Exportfrieden?

Abschließend also die Frage, ob unser Grenzfrieden und unser Minderheitenmodell exportfähig sind. Ich denke, dass eine Antwort so einfach nicht ist:

1. Ganz wichtig scheint mir ein wohl immer noch schwer zu diskutierendes, aber mit wachsendem Abstand im Kern deutlicher werdendes Phänomen zu sein: Die Tatsache nämlich, dass auf dänischer Seite - aller Aufregung und Internierung, aller generalisierenden Gleichmacherei von persönlicher Verantwortung und vielleicht vereinzelter Ungerechtigkeit zum Trotz - die große Abrechnung, das gnadenlose Abstrafen der deutschen Minderheit nach 1945 ausblieb. Die „Rechtsabrechnung“, die Sühne für Illloyalität und auch Gewalt, war nötig, auch um wieder Klarheit und Verständigung über die Regeln des Zusammenlebens zu gewinnen, aber die Verrechtlichung des Verfahrens und die schließliche Milde lieferten eine Grundlage für die friedliche Ausfüllung des neuen Zusammenlebens nach bitteren Erfahrungen! Es scheint mir an der Zeit zu sein, dass auch innerhalb der deutschen Minderheit, also aus der unmittelbaren Betroffenheit heraus, die nötige Dis-

tanz erarbeitet wird, diese Grundstruktur zu sehen und endlich den Opferstatus aufzugeben. - Beides scheint mir exportfähig: Das Bedürfnis nach verrechtlichter Strafe, um Normen des Zusammenlebens zu bestärken, aber auch Milde und Gnade, um Zukunft ohne Rache- und Aggressionsbedürfnisse zu gewährleisten.

2. Das Bekenntnisprinzip sollte, so meine ich, allerorten auf unserer Welt gelten können, wo es Menschen gibt, denen ein nationales oder „volkliches“ - ein furchtbares Wort im Deutschen! - Bekenntnis mit dem Schutz der eigenen Sprach- und Kulturarbeit wichtig ist. Dieses Prinzip also scheint mir wirklich exportfähig, weil es völlig unnützen Druck aus nationalpolitischen Auseinandersetzungen nehmen, also allgemein beruhigen und deeskalieren kann.
3. Auch das geniale, weil Einmischung und gewalttätige Exekution durch den Stärkeren verhindernde Prinzip der jeweils innerstaatlichen Selbstverpflichtung zum Minderheitenschutz, das die Bonner und die Kopenhagener Erklärung symbolisieren, kann ohne Nebenwirkungen zum Export empfohlen werden.
4. Wirkliche Lehren kann man auch aus der Geschichte des Zustandekommens unseres Friedens, insbesondere seiner beiden genannten Eckpfeiler, ableiten: Im Kern entwuchs die Lösung nicht der Vernunft und Ruhe der eigentlichen Kontrahenten, sie ist auch, allen Selbstbeweihräucherungen zum Trotz, keine Eigenleistung der Kieler Landespolitik oder Produkt südjütischer politischer Klugheit, sondern sie ist ein - wohl in dieser Gewichtung - in Kopenhagen und London sowie schließlich in Bonn eingeleiteter Prozess der Vernunft. Zugespitzt: Dieser Frieden ist ein Oktroi, bei dem schließlich alle, endlich auch die Heißsporne mitspielten. Diese Erkenntnis kann ja Mut machen in Hinblick auf den Balkan zum Beispiel.

Aber: Wer glaubt, dass die Eckpfeiler unseres Modells mechanistisch Friedeschaffen oder gar nachhaltig sichern können, der irrt. Was ich während meiner Phase als Wissenschaftler am Hamburger „Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ lernte, ist die empirisch abgestützte Erkenntnis, dass Friedensprozesse positive soziale und ökonomische Entwicklung - nicht Wirtschaftswunder und Wohlstand, aber eine optimistisch stimmende, aufbauende Entwicklung - und einigermaßen legitime staatliche Ordnung benötigen. Umgekehrt sind in manchem nationalen wie konfessionellen Konflikt, der so bitter ernst und gewalttätig ausgetragen wird, traditionelle soziale und oder wirtschaftliche Ungleichheiten enthalten oder - zwar ‚nur‘ subjektiv, aber in den Folgen keineswegs weniger real - Ängste beziehungsweise Minderwertigkeitsgefühle von großen Gruppen, die sich in den einfachen Sprache und Selbstverortungen

des Konfessionellen oder Nationalen artikulieren.

Religiöser wie nationaler Hass lassen sich entladen, wenn Verfassunggebung und Völkerrecht nicht nur organisiert und gehegt, sondern durch wirtschaftliche und soziale Perspektive begleitet werden. Und nur dann wird es nachhaltige Befriedung geben. Um es also platt auszudrücken: Bevor wir unsere Grenzfriedensexperten als Entwicklungshelfer in die Krisenregionen der Welt entsenden, sollten wir Wichtigeres machen: durch wirtschaftliche Zusammenarbeit und Hilfen beim Aufbau Perspektiven bietender und sozial einigermaßen gerechter gesellschaftlicher und Staatsstrukturen unsere Pflicht als Freunde, Nachbarn oder Partner erfüllen.

Denn das können wir ebenfalls aus unserer Grenzraumgeschichte lernen: Genau so sind auf dänischer wie deutscher Seite die klugen, langfristig denkenden Strategen auch immer vorgegangen. Erfolgreich und nachhaltig. - Es muß dabei gar nicht ein Abbild unseres „Luxusfriedens“ sein, der durch die Motoren Wirtschaftswunder - in Deutschland wie Dänemark - und durch massives staatliches Investieren in die Grenzregionen sowie in den Unterhalt der Minderheiten gekennzeichnet war wie ist. Es reicht für die Menschen ein Stück Perspektive, die ablenkt von der Not auf die Sprache des Nationalen und die Ruhe beschert für die Bewahrung des Bewahrenswerten, der eigenen Sprache und Kultur, auch ohne einen eigenen Staat. Dann allerdings können das Bekenntnisprinzip, Selbstverpflichtungen und, nicht zu vergessen, Verzicht auf das große Reine-machen Platz greifen und helfen. Erst dann!

Dänisch als Schulfach in Schleswig-Holstein

von DIETER BRANDT

Der folgende Beitrag von Dieter Brandt gehört in unsere Veröffentlichungsserie über sprachliche Fragen im deutsch-dänischen Grenzraum. Brandt ergänzt den Beitrag von Karl-Günther Bogenschneider und Anni Bøgh Hattesen über die „sprachliche Arbeit an den Schulen der dänischen Volksgruppe“ (GFH 1/1998) durch Informationen über den aktuellen dänischen Fremdsprachenunterricht an den Schulen Schleswig-Holsteins. Dieter Brandts Beitrag ist auch im Zusammenhang mit den grundsätzlichen Überlegungen von Christa Lohmann unter dem Motto „Sprachen überwinden Grenzen“ (GFH 4/1999) und den kritischen Reflexionen von Tove Heidemann über die „Zusammenarbeit zwischen deutschen und dänischen Schulen der Grenzregion“ (GFH 3/2000) zu sehen.

Dieter Brandt ist Dänischlehrer an der Auguste-Viktoria-Schule in Flensburg und Studienleiter für Dänisch am IPTS-Regionalseminar Nord, Abteilung für Gymnasien.

Der Beitrag ist die überarbeitete Fassung eines Artikels für die Neuauflage des „Handbuch Fremdsprachenunterricht“, die im Herbst 2001 erscheinen wird.

Die Redaktion

1. Dänisch als skandinavische Sprache

Die dänische Sprache gehört zusammen mit Norwegisch, Schwedisch, Isländisch und Färöisch zum nordgermanischen Zweig der indogermanischen Sprache und ist besonders nahe mit Norwegisch (bokmål) und Schwedisch verwandt. Von 1380 bis 1814 war Norwegen Teil des dänischen Gesamtstaates und die dänische Schriftsprache war in Norwegen vorherrschend. Dänen, Norweger und Schweden verstehen einander meist ohne größere Schwierigkeiten, wenn sie mündlich und besonders schriftlich ihre Nationalsprachen benutzen. Allerdings tragen u. a. die stärkeren Abschleifungen der Endsilben sowie der sogenannte dänische Stoßton dazu bei, dass auch Skandinavier Probleme mit dem Hörverstehen der dänischen Sprache haben. So verstehen Dänen ihre norwegischen und schwedischen Nachbarn meist besser als umgekehrt.

In der Lexik zeigen sich viele Gemeinsamkeiten mit dem Niederdeutschen und dem Englischen. Besonders das Mittelniederdeutsche der Hansezeit hat die dänische wie auch die norwegische und schwedische Sprache stark beeinflusst.

2. Lernprobleme für Deutschsprachige

Aufgrund ausgeprägter Unterschiede zwischen den phonetischen Systemen des Deutschen und des Dänischen ist für deutschsprachige Lerner eine auch nur annähernd korrekte Aussprache des Dänischen überaus schwer. Besondere Schwierigkeiten bereiten die kurzen, gespannten Vokale i, y und u, die a-Varianten, die Vokalsenkung, die zahlreichen Diphthonge, das „weiche“ d, die g-Varianten, die Verschleifung des zwischenvokalischen r, die vielen stummen Konsonanten, die Betonung sowie die für das Dänische typischen Assimilationen und Reduktionen. Hinzu kommt, dass die dänische Aussprache sehr stark vom Schriftbild abweicht, was wiederum besonders die Vokale betrifft. Für den bereits erwähnten dänischen Stoßton lassen sich zwar einige Grundregeln aufstellen, der Gebrauch ist jedoch sehr uneinheitlich, so dass man ihn als Ausländer kaum vollständig beherrschen kann.

Im Vergleich zur Aussprache ist die Grammatik des Dänischen verhältnismäßig einfach. Im Laufe der dänischen Sprachgeschichte sind viele Beugungsformen und -muster weggefallen, was sich u. a. in der Reduzierung des Kasussystems zeigt, das im Isländischen noch weitgehend bewahrt ist. Da nun Subjekt und Objekt nur noch auf Grund der Wortstellung zu unterscheiden sind, führte dies im modernen Dänisch zu einer recht starren Wortstellung, deren Regeln man sich mittels weniger Schemata für Haupt- und Gliedsätze recht leicht aneignen kann. Natürlich gibt es auch in der dänischen Grammatik einige komplexe Phänomene. Dazu zählen die Kongruenzflexion der Adjektive sowie die Possessiv-Reflexiv- Pronomina.

Ähnlich wie im Englischen sind die Präpositionen eine häufige Fehlerquelle beim Erlernen der dänischen Sprache.

3. Historische und politische Voraussetzungen für den dänischen Sprachunterricht in Schleswig-Holstein

Schleswig-Holstein gehörte bis 1864 zum dänischen Gesamtstaat. Nach dem deutsch-dänischen Krieg von 1864 wurde Schleswig-Holstein 1867 preußische Provinz. Die Volksabstimmungen im Jahre 1920 trennten auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts der Völker das gemischt-nationale Herzogtum Schleswig in einen nördlichen Teil (das heutige dänische *Sønderjylland* bzw. Nordschleswig) und einen südlichen Teil, den jetzt deutschen Landesteil Schleswig, dänisch *Sydslesvig*. Diese für viele Deutsche und Dänen schmerzliche Grenzziehung hat auf beiden Seiten der Grenze zur Bildung von in der Vergangenheit immer wieder angefeindeten Minderheiten geführt. Zur dänischen Minderheit bekennen sich heute ca. 50.000 Menschen, und für viele von

ihnen ist Dänisch natürlich keine Fremdsprache wie für die deutsche Mehrheitsbevölkerung im nördlichen Schleswig-Holstein. Die unheilvollen nationalen Auseinandersetzungen der letzten 150 Jahre haben nicht nur in der Politik, sondern auch im Bewusstsein der Menschen, zwischen Nachbarn und in vielen Familien tiefe Spuren hinterlassen. Sie wurden durch die fünfjährige Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen im Zweiten Weltkrieg, die erneute Infragestellung der Grenzziehung in den ersten Nachkriegsjahren und die in der Vergangenheit häufig ungerechte Behandlung beider Minderheiten noch vertieft. Das Misstrauen gegenüber dem mächtigen und unberechenbaren südlichen Nachbarn war lange Zeit bestimmend für die dänische Außenpolitik. Obwohl Dänemark und Deutschland seit 1955 bzw. 1973 durch die gemeinsame Mitgliedschaft in NATO und EU verbunden sind, gibt es erst seit 1997 im Rahmen der Region Schleswig/Sønderjylland eine mehr formalisierte und vielversprechende grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die jedoch auf dänischer Seite noch immer auf Vorbehalte stößt, was übrigens auch allgemein für eine weitergehende europäische Integration gilt. Insgesamt ist die gegenwärtige Entwicklung aber von Entspannung und sich verbessernden nachbarschaftlichen Beziehungen geprägt, die sich auch positiv auf die Situation des Dänischen als Schulfach auswirken.

4. Dänisch an Schulen und Bildungseinrichtungen der dänischen Minderheit

Der dänische Staat unterstützt die politisch, sozial und kulturell gut organisierte dänische Minderheit ideell und auch überwiegend materiell. Von Seiten der Minderheit ist man weiterhin unzufrieden mit den Zuschüssen des Landes Schleswig-Holstein, die nur knapp die Hälfte der Kosten decken. Ca. 5 800 Schülerinnen und Schüler werden an 49 dänischen Schulen im Landesteil Schleswig unterrichtet und 1 500 Kinder in 57 Kindergärten betreut. Obwohl die dänischen Kindergärten und Schulen sich nicht als neutrale pädagogische Institutionen bzw. Sprachschulen verstehen, werden sie auch von vielen deutschen Kindern und Schülern besucht, deren Eltern u. a. die Vorzüge der Ausstattung, Lehrerversorgung und überschaubaren Größe und Nähe der Einrichtungen schätzen. Die dänischen Schulen unterliegen der Schulaufsicht des Kieler Bildungsministeriums, ihre Abgangszeugnisse werden aber auch in Dänemark anerkannt. Die Schulen der dänischen Minderheit unterscheiden sich in ihrer Struktur von den öffentlichen Schulen vor allem durch die sechsjährige Grundschule. Unterrichtssprache ist Dänisch, abgesehen vom Fach Deutsch. Die dänischen Schulen haben eine doppelte Aufgabe: Einerseits wollen sie ihren Schülern dänische

Sprache und Kultur vermitteln, andererseits aber auch auf ein Leben in der deutschen Gesellschaft vorbereiten. Diese Zielsetzung stellt hohe Anforderungen an Lehrer wie Schüler. Die Schüler der dänischen Privatschulen haben deshalb mehr Wochenstunden und weniger Ferien als ihre Kameraden an den öffentlichen deutschen Schulen.

Die dänische Minderheit bietet auch außerhalb des Schulunterrichts vielfältige Möglichkeiten an, die dänische Sprache innerhalb ihres Bildungsprogramms für Erwachsene zu lernen: 1998 gab es 511 Kurse mit 5771 Teilnehmern.

5. Dänisch als Fremdsprache im öffentlichen deutschen Schulwesen

Die nationalen Spannungen im deutsch-dänischen Grenzland haben sicher dazu beigetragen, dass lange Zeit an den meisten deutschen Schulen die Sprache des nördlichen Nachbarn nicht unterrichtet wurde. Das Verhältnis zur dänischen Kultur war zudem durch eine Mischung von Ignoranz und Arroganz geprägt, eine Haltung, auf die man gelegentlich noch heute in den deutschen Medien und bei ansonsten gebildeten Mitbürgern stößt. Aber auch die dänische Minderheit hat erst spät und eher widerwillig begonnen, ihre im europäischen Zusammenhang naheliegende und bei feierlichen Veranstaltungen oft beschworene Mittlerfunktion zwischen dänischer und deutscher Kultur wahrzunehmen. Bei gleichzeitiger Wahrung der eigenen Identität und zukunftsweisender Öffnung gegenüber der Mehrheitsbevölkerung den schmalen Weg zwischen Isolation und Assimilation zu finden, ist jedoch nicht nur an der deutsch-dänischen Grenze eine überaus schwierige Aufgabe. Es hat sich zudem gezeigt, dass Vorurteile gerade in Grenzgebieten sowie in und gegenüber Minderheiten besonders zählebig sind.

Erst seit Beginn der siebziger Jahre kann man Dänisch im Rahmen der Lehrerbildung an der Pädagogischen Hochschule (jetzt Universität) in Flensburg und am Nordischen Institut der Christian-Albrechts-Universität in Kiel als Staatsexamensfach studieren. Danach erlebte das Fach jedoch einen steilen Aufstieg an den öffentlichen deutschen Schulen in Schleswig-Holstein, dem einzigen Bundesland mit Dänisch als Schulfach. Zur Zeit lernen ca. 4000 Schüler an 36 Realschulen, 20 Grund- und Hauptschulen sowie 10 Gymnasien und Fachgymnasien Sprache und Kultur des Nachbarn kennen. Darunter sind auch Schüler mit einem deutschen und einem dänischen Elternteil, die sich aus unterschiedlichen Gründen für das öffentliche Schulwesen entschieden oder dorthin gewechselt haben. Selbstverständlich ist Dänisch für viele schleswig-holsteinische Kinder keine Fremdsprache wie z.B. Französisch: Manche haben dänische Verwandte oder Bekannte, verbringen die Ferien mit ihren Eltern an den dänischen Küsten oder glauben zumindest etwas über die Dänen zu wissen, die vor

allem an bestimmten dänischen Feiertagen in großer Zahl zum Einkäufen in die grenznahen deutschen Orte kommen.

Die Ausgangslage für den dänischen Sprachunterricht an deutschen Schulen ist demnach sehr unterschiedlich, was auch für die Lernbedingungen in Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule gilt.

Für alle Schularten besteht das Problem, dass trotz großer Nachfrage wegen der prekären Haushaltslage zur Zeit zu wenig Lehrkräfte für das Fach Dänisch eingestellt werden. Das Kieler Bildungsministerium verweist als „Lösung“ auf die Kollegen der dänischen Schulen sowie die Dänisch-Kurse an den Volkshochschulen. Die Einführung des Faches Dänisch als Begegnungssprache im Zusammenhang mit dem Projekt Fremdsprachenfrühbeginn hat so großen Anklang gefunden, dass weit mehr als die ursprünglich vorgesehenen fünf Grundschulen des Schulversuchs sich daran beteiligen, teilweise auf Initiative der Eltern.

An den Hauptschulen wird Dänisch als Wahlfach bzw. Arbeitsgemeinschaft unterrichtet. Die Schüler sollen vorrangig zu mündlichem Sprachgebrauch befähigt werden.

Die Realschulen bieten Dänisch alternativ zu Französisch als zweite Fremdsprache ab Klasse 7 an, in den Klassenstufen 7 und 8 als Wahlfach, in den Klassenstufen 9 und 10 als Wahlpflichtkurs.

Im Gymnasium wird Dänisch zur Zeit als dritte Fremdsprache ab Klassenstufe 9 unterrichtet, die Einführung als zweite Fremdsprache ist jedoch im schulartübergreifenden Lehrplan für die Sekundarstufe I vorgesehen. Am Fachgymnasium wird Dänisch sowohl als fortgeführte als auch als neubeginnende Fremdsprache unterrichtet.

Ziel des Dänischunterrichts allgemein und im besonderen Maße in der Sekundarstufe II ist es, den Schülern in einer immer enger zusammenwachsenden europäischen Lebenswelt Kenntnisse zu vermitteln, die sie über Grenzen ihrer zumeist deutschen Muttersprache hinweg interkulturell handlungsfähig machen. Wesentliche Ziele sind die Förderung der Offenheit der jungen Menschen gegenüber kultureller Vielfalt, ihres Willens zur Völkerverständigung und ihrer Friedensfähigkeit. Die Schüler sollen zudem die besondere Verantwortung und Verpflichtung Deutschlands in einem gemeinsamen Europa erfassen.

Das Fach Dänisch bietet den Schülern somit Zugang zu einer modernen Fremdsprache, der durch die enge räumliche Nachbarschaft, aber auch die vielfältigen Wechselbeziehungen zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark eine unmittelbare und konkrete Mittlerrolle zufällt. Dem Abbau von Grenzbarrieren dient als vorbildliches Beispiel für die vielfältigen Kontakte zwischen deutschen und dänischen Schulen die intensive Zusammenarbeit und das Austauschprogramm zwischen dem dänischen Tønder Gymnasium in Tønder (Dänemark) und der

Friedrich-Paulsen-Schule, dem deutschen Gymnasium in Niebüll. Das langfristige Kooperationsprojekt der beiden Gymnasien wird u. a. durch das Interreg-Programm der Europäischen Union gefördert.

Sowohl die auf verschiedenen Ebenen entstandene Zusammenarbeit als auch die sich im Rahmen der Europäischen Union - insbesondere in der seit 1997 bestehenden Region Schleswig/Sønderjylland - immer intensiver entwickelnde Kooperation und Mobilität erfordern qualifizierte Dänischkenntnisse, die für Aus- und Weiterbildung, Studium (inzwischen gibt es mehrere gemeinsame deutsch-dänische Studiengänge an den Universitäten Flensburg und Sonderborg) und Beruf von zunehmender Bedeutung sind. Da der dänische Arbeitsmarkt im steigenden Maße von einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und kaum noch von Arbeitslosigkeit geprägt wird, eröffnen sich hier für Deutsche mit dänischen Sprachkenntnissen gute Perspektiven. Dänemark ist Schleswig-Holsteins zweitwichtigster Handelspartner und dänische Sprachkenntnisse werden von der Wirtschaft sehr gewünscht.

6. Dänisch als Fremdsprache an Volkshochschulen und Hochschulen

Die enge sprachliche Verwandtschaft des Dänischen mit dem Norwegischen und Schwedischen erweitert den kommunikativen Nutzen dänischer Sprachkenntnisse nicht zuletzt dadurch, dass Dänemark und die anderen nordischen Länder beliebte Reiseziele sind. Diese Vorteile spiegeln sich auch im Fremdsprachenunterricht der Volkshochschulen. 1998 gab es an den Volkshochschulen Schleswig-Holsteins 487 Dänischkurse mit 5357 Belegungen. Insgesamt lernten 1998 12509 Personen Dänisch in Deutschland.

Dänisch als Hochschulfach wird nicht nur in Flensburg, sondern innerhalb der Nordischen Philologie bzw. Skandinavistik auch an den Universitäten Kiel, Hamburg, Göttingen, Greifswald, Berlin, Münster, Köln, Bonn, Frankfurt, Erlangen, München, Tübingen, Freiburg, Wien, Basel und Zürich angeboten.

7. Lehrpläne und Lehrwerke

Im Rahmen der schleswig-holsteinischen Lehrplanreform erschienen 1997 und 2001 auch neue Lehrpläne Dänisch für die Sekundarstufen I und II der weiterführenden allgemeinbildenden Schulen.

Sie bestehen aus zwei Teilen, die eng aufeinander bezogen sind. Im schular- über- greifenden Grundlagenteil wird das Konzept der gemeinsamen Grundbil- dung erläutert, das Basis ist für die Unterrichtsgestaltung. Im Mittelpunkt der „fachlichen Konkretionen“ stehen die fach- und schulartspezifischen Aufgaben,

die sich für den Fachunterricht aus dem Konzept der Grundbildung ergeben. Die meisten Lehrwerke und ergänzenden Unterrichtsmaterialien sind von den Lehrkräften selbst hergestellt worden. Tatkräftige Unterstützung erhielten sie hierbei vor allem vom „Landesinstitut Schleswig-Holstein für Praxis und Theorie der Schule“ (IPTS), Hilfe aber auch vom dänischen „Amtscentret for undervisning“ in Apenrade, während das LINGUA-Programm der Europäischen Union mehrere Projekte finanziell unterstützte. Hingewiesen sei auf die Lehrwerke „Dansk for os“ bzw. „Mere dansk for os“ und „Det er dansk“ (Neuaufgabe), die Anthologie „Vinduesviskeren“ (Verlag Systime in Aarhus), die „Themenhefte Dansk“, die „Medienmappe Dansk“, die „Materialien für den Fremdsprachenunterricht Dänisch in der Grundschule“ sowie die „Dänischmaterialien für die Wochenplan- und Freiarbeit“, die fast alle über das IPTS oder den Verlag Schmidt und Klaunig in Kiel zu beziehen sind.

Literatur und Internet

- Fredsted, E. (1990), Fehleranalyse. Probleme für Deutsche beim Erlernen der dänischen Sprache, in: Pedersen, K. M (Hrsg.), Sprache und Unterricht in der deutschen, dänischen und friesischen Minderheit, I 13-129.
- Ketelsen, E. und Lohmann, C. (1998), An der Grenze Dänemark/Deutschland, in: Raasch, A. (Hrsg.), Grenzenlos - durch Sprachen. Dossier „Beispiele guter Praxis“, 37 - 45.
- Eine Vielzahl methodisch-didaktischer Artikel sowie weitere Links finden sich im Internet auf der Website http://www.tino.org/dan_gen.html
- Informationen über die dänische Minderheit: <http://www.sydslesvig.de/fakta.html>
- Homepage der Region Schleswig/Sønderjylland: <http://www.region.dk>
- Der Schulträger der dänischen Schulen im Landesteil Schleswig „Dansk Skoleforening for Sydslesvig“ präsentiert sich auf der Website <http://www.skoleforeningen.de/>
- Homepage des Lehrplanreferates des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur in Schleswig-Holstein: <http://www.lernnetz-sh.de/lehrplan> (Landesbildungsserver: <http://www.lernnetz-sh.de/>)
 - Eine Zusammenstellung der vom IPTS für das Fach Dänisch herausgegebenen Lehrwerke und Materialien liefert die Website: <http://www.ipts.de/archiv/faecher/dansk.htm>

Bericht über die Jahresmitgliederversammlung 2001

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes fand am 5. Mai 2001 in Husum statt. Der Vorsitzende Lothar Hay eröffnete die Versammlung und begrüßte zahlreiche Gäste aus der Politik und von den befreundeten Grenzverbänden. In verschiedenen Gruß Worten wurde die Arbeit des Grenzfriedensbundes gewürdigt. Das Flensburger Tageblatt (9.5.2001) berichtete darüber:

„An dem heute guten partnerschaftlich-freundschaftlichen Miteinander von Dänen und Deutschen über die Grenzen hinweg hat der Grenzfriedensbund einen entscheidenden Anteil. Diese Aussage zog sich wie ein roter Faden durch die Redebeiträge bei der Jahresmitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes in Husum.

Ihm sei mitzuverdanken, dass der deutsch-dänische Grenzkampf überwunden und ein friedliches Miteinander entstanden sei, stellte Landtagspräsident Heinz Werner Arens in seinem Grußwort heraus: Die Grenzregionen, so auch die deutsch-dänische, sind der Motor der europäischen Einigung, denn hier wird Europa bürgernah erlebt. Ohne die Arbeit des Grenzfriedensbundes sei das nicht zu erreichen gewesen.

Nordfrieslands Landrat Dr. Olaf Bastian wünschte sich, dass nach Wegfall der Grenzkontrollen die Menschen auch die Grenze aus den Köpfen nehmen. Denn Grenzen dürften kein Hemmnis für wirtschaftlichen, kulturellen oder menschlichen Austausch sein. Nur so könne dauerhaft Frieden bewahrt werden. „Auf diesem Wege sind wir aber schon ein schönes Stück vorangekommen.“ Hans-Heinrich Hansen, Vorsitzender des Bundes deutscher Nordschleswiger, ist der Ansicht, dass Minderheiten das gelebte Europa sind. Renate Schnack, Minderheitenbeauftragte bei der Ministerpräsidentin, sieht im Grenzfriedensbund einen Wegbereiter für gegenseitigen Respekt. Er habe seinen Anteil daran, dass es ein aufgeschlossenes Miteinander gibt. Seine Aufgaben hätten sich seit der Gründung zwar verändert, wegfallen dürften sie aber nicht, meinte Harald Kracht vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund.“

Im Anschluss an die Grußworte erläuterte die Geschäftsführerin den vorliegenden Geschäfts- und Kassenbericht. Sie ging dabei insbesondere auf die weiter sinkenden Landeszuschüsse ein. Für das Jahr 2001 erhält der Grenzfriedensbund nur noch Landesmittel in Höhe von 150.000,-DM. Vor 10 Jahren, als Frau Schumann zum ersten Mal den Geschäfts- und Kassenbericht vorstellte, beliefen sich die Landesmittel noch auf 248.000,- DM. Die Geschäftsführerin wies daraufhin, dass trotz aller Sparwänge die Grenzfriedenshefte weiterhin

vierteljährlich erscheinen werden. Dies insbesondere deshalb, weil – wie auch der Landtagspräsident Heinz-Werner Arens in seinem Grußwort erwähnte – die Grenzfriedenshefte nach außen wirken und den Grenzfriedensbund bekannt machen.

Nach dem Bericht der Revisoren wurde dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt.

Der Vorsitzende verabschiedete Helmut Wrensch, der nach 28 Jahren Vorstandsarbeit nicht wieder kandidierte, und überreichte ihm als Dank ein graviertes Glas sowie seiner Frau einen Blumenstrauß. Für Helmut Wrensch wurde Ilse Bock neu in den Vorstand gewählt.

Nach den einstimmig erfolgten Wahlen setzt sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Lothar Hay, Flensburg	Vorsitzender
Dr. Ulf von Hielmcrone, Husum	stellv. Vorsitzender
Ilse Bock, Tönning	Beisitzerin
Rolf Fischer, Kiel	Beisitzer
Dorothea Gutmann, Flensburg	Beisitzerin
Cornelie Seefeld, Schleswig	Beisitzerin
Ilse Sörensen, Büdelsdorf	Beisitzerin
Wolf Uhlemann, Mildstedt	Beisitzer
Frithjof Witte, Flensburg	Beisitzer

Auf eine langjährige Mitgliedschaft im Grenzfriedensbund können zurückblicken:

25 Jahre

Philipp Iwersen, Tingleff
Volker Lindemann, Apenrade
Theodor Surburg, Flensburg
Henrik Vestergaard, Flensburg
Dr. Horst Windmann, Flensburg

40 Jahre

Hubert Schild, Kaltenkirchen

50 Jahre

Ernst Stojan, Westerland

Henrik Vestergaard bedankte sich in einer Ansprache spontan für die ihm überreichte Urkunde und die Ehrennadel des Grenzfriedensbundes.

Der anschließende Vortrag des dänischen Generalkonsuls in Flensburg, Dr.

Henrik Becker-Christensen, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Er wird in diesem Heft abgedruckt. Die Versammlung endete mit einem gemeinsamen Mittagessen.

Beitragserhöhung

Auf der Jahresmitgliederversammlung wurde einstimmig eine Beitragserhöhung beschlossen:

Ab 01.01.2002 zahlen persönliche Mitglieder 15 Euro/Jahr und
 korporative Mitglieder 30 Euro/Jahr.

Bei den Mitgliedern, die uns eine Einzugsermächtigung erteilt haben, erfolgt die Umstellung automatisch. Alle anderen bitten wir, einen evtl. bestehenden Dauerauftrag entsprechend zu ändern oder bei Überweisung des Betrages die Erhöhung zu berücksichtigen.

Ingrid Schumann

Eine Grenze öffnet sich – Dokumentation

Am 25. März 2001, Punkt 00.00 Uhr war es soweit: an der Landesgrenze zu Dänemark fielen die „Schlagbäume“. Dänische Grenzpolizisten und deutsche Grenzschutzbeamte schlossen ihre Kontrollhäuschen und löschten (für immer) das Licht.

„Schengenland“ ist nun auch für die Menschen in der deutsch-dänischen Grenzregion Wirklichkeit geworden. An ehemaligen Grenzübergängen trafen sich Deutsche und Dänen, um miteinander zu feiern. Deutlich vernehmbar waren auch kritische Stimmen. Diese zeugen davon, dass trotz aller Euphorien über die Erleichterungen beim Grenzübertritt einige den unaufhaltsam voranschreitenden europäischen Integrationsprozess weiterhin mit Skepsis betrachten. Die folgenden, den Tageszeitungen entnommenen Artikel und Berichte sollen in einer Nachbetrachtung dieses für die Grenzregion epochale Ereignis dokumentieren.

Die Redaktion

Pressemitteilung des Grenzfriedensbundes zum Inkrafttreten des Schengener-Abkommens

Zur Öffnung der deutsch-dänischen Grenze und zum Inkrafttreten des Schengener-Abkommens am 25. März 2001 erklärte Lothar Hay, Vorsitzender des Grenzfriedensbundes: „Schengen verändert das Grenzland. Diese Entscheidung ist für uns als Grenzverband von herausgehobener Bedeutung und mit Sicherheit ein Anlass zur Freude. Wir respektieren auch die dänischen Vorbehalte und den Wunsch, erst einmal abzuwarten und zu prüfen, wie sich die Verhältnisse an der

Grenze entwickeln werden. Kein Verständnis aber haben wir für die Rechtspopulisten, die aus durchsichtigen Beweggründen alte Vorurteile schüren und damit die Situation im Grenzland belasten.

Für uns hat die Grenzöffnung weniger mit dem fernen Europa zu tun als mit der tatsächlichen Grenzlandsituation. Sie kann durch Schengen eine neue positive Entwicklung nehmen und neue Kräfte der Verständigung freisetzen. Das ist unsere Chance, sie müssen wir nutzen – und zwar gemeinsam: Deutsche und Dänen.“

Polizeiabkommen von Schily und Jensen unterschrieben

Bundesinnenminister bei Unterzeichnung: Mehr Sicherheit und Freiheit durch Schengen

BERLIN (dn) Durch das Abkommen wird die bereits bestehende gute polizeiliche Zusammenarbeit an der Grenze weiter intensiviert. Der gegenseitige Informationsaustausch wird verbessert, die Zusammenarbeit bei Kontroll-, Überwachungs- und Ermittlungsmaßnahmen verstärkt. Künftig werden die Polizei- und Zollbehörden durch eine einheitliche Technik den direkten Funkkontakt sicherstellen. Darüber hinaus werden der polizeiliche Rechtshilfeverkehr erleichtert und die Einzelheiten der grenzüberschreitenden Observation und Nachteile geregelt.

„Mit dem Polizeikooperationsabkommen wird die letzte Lücke im System bilateraler Abkommen über die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarstaaten geschlossen. Die Öffnung der Grenzen durch den Beitritt Dänemarks und der übrigen skandinavischen Staaten zum Schengener Durchführungsübereinkommen in wenigen Tagen wird den Menschen mehr Freiheit und Sicherheit bringen. Der Vertrag wird dazu beitragen, dass der Wegfall der Grenzkontrollen von einer intensiveren Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden unserer Länder begleitet und die grenzüberschreitende Kriminalität in Zukunft wirksamer bekämpft wird“, sagte Otto Schily. Insofern stelle das Abkommen einen wichtigen Baustein für eine wirkungsvolle Kooperation mit den Ländern des skandinavischen Raums dar.

Nach drei Jahren werde geprüft, ob die bilaterale polizeiliche Zusammenarbeit erweitert werden könne. Bei dieser Gelegenheit solle auch die mögliche Einrichtung eines gemeinsamen Zentrums für den Informationsaustausch, die Analyse und die Koordinierung der Zusammenarbeit erörtert werden, erklärte Schily.

Der Nordschleswiger, 22.03.2001

Letzter Grenzpolizist schloss das Kontrollhäuschen für immer
Volksfeststimmung begleitete historisches Ereignis an der deutsch-dänischen Grenze

KRUSAU (hee) Beifall brauste aus den Reihen der dichtgedrängt stehenden Zuschauer auf, als in Krusau am Sonntag um Punkt 00.00 Uhr der dänische Grenzbeamte Harry Beck, Pattburg, sich im Kontrollhäuschen erhob, das Licht ausknipste und hinter sich die Tür verschloss. Er hatte als letzter dänischer Polizist pünktlich zum Inkrafttreten der Bestimmungen des Schengener Vertrages an der deutsch-dänischen Grenze seine Schicht wie der nur wenig entfernt sitzende deutsche Kollege beim Bundesgrenzschutz, Ingwer Heinrich, beendet. Beide hatten in den letzten Stunden vor der Beendigung der Kontrollen an der Grenzlinie noch hunderte Pässe gestempelt. Deutsche und Dänen wollten ein Erinnerungsstück von der Grenze, an der seit dem 27. Mai 1920 kontrolliert wurde. Der Apenrader Peter Rosenblatt hatte sich als erster Autofahrer am Übergang postiert und überquerte unkontrolliert die Grenze, wo inzwischen Mitglieder der Europabewegung mit EU-Fahnen schwenkten, die im eisigen und böigen Ostwind flatterten.

In Kupfermühle/Krusau herrschte schon vor Mitternacht heitere Volksfeststimmung, dort widmeten sich zahlreiche Kamerateams dem historischen Moment. Der langjährige Chef des Grenzschutzamtes Flensburg, Jürgen Höhle, ließ es sich nicht nehmen, den dänischen und deutschen Beamten vor dem endgültigen Dienstschluss die Hand zu drücken. „Mit so einem Andrang und solch einer Stimmung hatten wir nicht gerechnet“, so der dänische Polizist Hans Peter Petersen, der mit Harry Beck die letzte Schicht erlebte.

Der Nordschleswiger, 26.03.2001

Fackeln, Sekt und freie Fahrt

Feste und Proteste: In vielen Grenzorten feierten gestern um Mitternacht Deutsche und Dänen den Wegfall der Passkontrolle. Die Demonstrationen der Schengen-Gegner hielten sich in Grenzen: Rund 350 protestierten bei Flensburg und bei Tondern gegen die Öffnung der Schlagbäume.

FLENSBURG (sh:z / lno) Politprominenz ließ sich bei dem historischen Ereignis nicht sehen, doch die Bewohner der deutsch-dänischen Grenzregion ließen es sich nicht nehmen, schon um Mitternacht zu Hunderten den Wegfall der Passkontrollen an der Grenze zu feiern. Eisig war allenfalls der kalte, kräftige Ostwind, der in der Nacht zum „Schengen-Tag“ blies, aber nicht die Stimmung bei den zahlreichen kleinen Feiern entlang der Grenze. Wenn auch demonstrative Freude auf den politischen Bühnen in Berlin und Kopenhagen fehlte, so feierten

Freunde, Nachbarn und alte Bekannte in den Grenzgemeinden das schrankenlose Nordeuropa umso herzlicher. Die Autofahrer hatten sich schnell an die neue Freiheit gewöhnt. Am Autobahngrenzübergang Ellund-Frøslev rauschten die Fahrzeuge ungehindert mit bis zu 80 Stundenkilometer durch. Uralte Schlagbäume wurden gestern entfernt, so etwa bei Jardelund im Kreis Schleswig-Flensburg. Der Musikzug Medelby spielte dazu die dänische Nationalhymne „Der er et yndigt land“ (Das ist ein herrliches Land) und als Pendant das Schleswig-Holstein-Lied. „Genau dort, wo die Grenze gestern war, ist sie heute noch und da bleibt sie, aber wir können sie doch endlich problemlos überschreiten“, freute sich der Bürgermeister des 400-Einwohner-Dorfes Jardelund gemeinsam mit den dänischen Nachbarn im Dorf Sofiendal. Rund 250 Einwohner beider Grenzseiten beklatschten das symbolische Bild, wie die Vorstandsmitglieder des Regionalrats Sønderjylland/Schleswig die eiserne Barriere anhoben. Der rote Schlagbaum soll sich fortan nicht mehr senken. Ersetzt wurden die Schlagbäume – belächelt von den Dänen selbst – durch einen nagelneuen, weißen Briefkasten der dänischen Steuerbehörde. In diesen sollen künftig Reisende beim Grenzübertritt freiwillig eine Zolldeklaration einwerfen, wenn sie Waren mitbringen, die bestimmte abgabefreie Mengen überschreiten.

Insgesamt rund 350 Kritiker des dänischen Schengen-Beitritts versammelten sich an den Grenzübergängen Krusau bei Flensburg und in Tondern-Seth. In Seth hielten etwa 80 junge Angehörige der dänischen Europabewegung gegen die ungefähr 250 Mitglieder der rechtsorientierten Dänischen Volkspartei. Diese nahmen dort offiziell das ehemalige dänische Kontrollgebäude in ihren Besitz, das die Dansk Folkeparti vom Staat gekauft hatte. Die Nationalisten wollen dort ein „Grenzmuseum“ einrichten. In Krusau hatten sich rund 100 Angehörige der regionalen Bürgerliste versammelt, die gleichfalls gegen den Wegfall der Passkontrollen ist.

Der ehemalige Kieler SSW-Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer, der auch dänischer Staatsbürger ist, meinte, die Kontrollfreiheit komme erheblich zu früh. Der 73-Jährige kritisierte, es hätte mindestens so lange damit gewartet werden müssen, bis das höchste Gericht über eine entsprechende Klage gegen die Grenzöffnung entschieden habe.

Flensburger Tageblatt, 26.03.2001

Mini-Demo von DF

„Happening“ der Rechtspopulisten nur schwach besucht

SOPHIENTHAL (kjt) Dunkle Wolken zogen am Sonnabendnachmittag am kleinen Grenzübergang in Sophienthal auf. Es war dabei nicht nur das Wetter, das für eine

düstere Atmosphäre in dem kleinen Grenzort sorgte. Die Anti-Schengen-Veranstaltung von Dansk Folkeparti (DF) verbreitete bezüglich der Grenzöffnung eine ebenso düstere Stimmung. Das „Happening“ der Partei begann mit einer Enthüllung eines Straßenschildes, das direkt am Grenzübergang Sophiental/Fehle provisorisch aufgestellt wurde. Das Schild wies in mehreren Fremdsprachen auf das Auffanglager Sandholm hin. Mit dem provokativen Hinweisschild wollte die Partei auf die illegale Einwanderung „fremder Menschen“ aufmerksam machen. Diese Einwanderung würde nach Auffassung von DF durch den Wegfall der Grenzkontrollen weiter zunehmen und eine Bedrohung darstellen. Nach der Schilderaktion sollte die von den örtlichen DF-Abteilungen Tingleff, Bau und Lügumkloster initiierte Veranstaltung eigentlich in einem Zelt fortgesetzt werden. Aufgrund der Witterung wurde die Kundgebung aber in das Sophientaler Versammlungshaus verlegt.

Nur etwas mehr als 20 Personen folgten dort den Ausführungen der Folketingskandidaten Jörn Larsen (Kreis Apenrade), Jytte Lauridsen (Kreis Lügumkloster), Keld Kristiansen (Kreis Tønder) sowie des DF-Europaparlamentsabgeordneten Mogens Camre sowie Stadtratskandidat Gunnar Kristensen. Alle Redner brachten mit starken nationalistischen Tönen und Parolen zum Ausdruck, dass sie die Grenzöffnung ablehnen und darin einen Einschnitt in die Souveränität Dänemarks sehen. Fast alle Vortragenden bezogen sich in ihren Anti-Schengen-Ausführungen auf die deutsche Besatzungszeit während des Zweiten Weltkrieges. Tenor der DF-Vertreter war, dass die Mehrheit der dänischen Bevölkerung die Grenzöffnung ablehne und dass das Schengener Abkommen ausschließlich eine „Machenschaft“ der EU sei. Jörn Larsen ging noch weiter. In seiner einleitenden Rede sagte er unter anderem: „Ich glaube, dass es nicht einmal in der deutschen Minderheit eine ausgeprägte Begeisterung für die Grenzöffnung gibt. Und auch viele Menschen südlich der Grenze befürworten die Grenzöffnung nicht.“

Der Nordschleswiger, 26.03.2001

Junge SPitzen von DF-Anhängern bespuckt und beschimpft

Kundgebungsteilnehmer wurden in Seth mit provokanten Bemerkungen überhäuft
TØNDERN/SETH (dn) Die jungen Teilnehmer der Kundgebung gegen Dansk Folkeparti und für den Beitritt Dänemarks zum Schengen-Abkommen wurden am Sonntag beim Grenzübergang in Seth um eine Erfahrung reicher, wenn es um den Umgang mit politisch anders Orientierten geht.

Als die drei großen Busse mit den Anhängern von Dansk Folkeparti in Seth eintrafen, mussten die quasi im „Spießrutenlauf“ an den jungen

Kundgebungsteilnehmern vorbeidefilieren, hielten sich aber nicht mit verbalen Unmutsäußerungen zurück.

Die 21-jährige Karen Scheller wurde sogar von einem DF-Anhänger bespuckt, als die aus Rapstedt gebürtige Studentin und Junge-SPitzen-Mitglied gemeinsam mit Ulf-Mikael Iwersen eine Europa-Fahne trug. Iwersen erklärte gestern, dass er spätestens seit der Kundgebung in Seth überhaupt keine Sympathien für Dansk Folkeparti hätte. „Es war kein schwarzes Schaf oder ein Einzelner, der uns beschimpfte. Es war die breite Masse. Ich will nichts mit dieser Partei zu tun haben, von der ich bis Sonntag noch glaubte, dass sie zumindest ein wenig seriös war. Was in Seth abging, war einfach primitiv“, so Ulf-Mikael Iwersen. Der Schüler des Deutschen Gymnasiums in Apenrade versicherte aber, dass er sich jederzeit wieder an einer entsprechenden Kundgebung beteiligen würde.

Neben Beschimpfungen wie „Landesverräter“ mussten die rund 80 Mitglieder deutscher und dänischer Parteijugendorganisationen auch andere Unmutsäußerungen wie „Nazischweine“, „Hitlerjugend“ und „Judas“ über sich ergehen lassen. Ein DF-Anhänger meinte, sie würden wohl Hitler vermissen. Die jungen Leute wurden auch aufgefordert, Hakenkreuze auf ihre Europa-Fahnen zu malen.

Ein junger Pia-Kjærsgaard-Gefolgsmann wandte sich auch an die jungen Demonstranten, als diese mit der Europa-Fahne über dem Kopf „durch die Grenze“ schritten. Er hielt es für unmöglich, die Grenze auf diese Weise zu sperren und meinte, dieses Bild erinnere ihn an 1941, als die Österreicher einem gewissen Hitler huldigten. Spontan antwortete eine Kundgebungsteilnehmerin auf diese Provokation. „Den kennst du wohl besonders gut.“

Der Pressechef von Dansk Folkeparti, Søren Espersen, hatte am Sonnabend gegenüber „JyskeVestkysten“ besonders die Demonstrationsteilnahme von Mitgliedern aus der deutschen Volksgruppe scharf kritisiert. Es sei eine traurige Vorstellung. Die Minderheit trüge eine große historische Verantwortung, wenn sie auftauche, um ein friedliches Fest, das „Dansk Folkeparti“ anlässlich der Übernahme der Grenzstation feiern wolle, zu stören. Dansk Folkeparti wünsche nicht, dass es im Grenzland wieder – nach so vielen Jahren des Verständnisses – zu einer Demonstration Deutsch gegen Dänisch komme. Dies sei einfach geschmacklos und unverständlich, so Søren Espersen.

Der Nordschleswiger, 27.03.2001

Beschimpfungen in Seth „völlig unakzeptabel“

Nordschleswigs DF-Vorsitzender kann sich das „aber nicht vorstellen“

APENRADE (uk) Auf scharfen Widerspruch sind die Beschimpfungen gegen

Mitglieder der Jungen SPitzen der Schleswigschen Partei (SP) und der Venstre-Jugend (VU) am Sonntag bei ihrer Kundgebung pro Schengen und für eine offene Grenze und den Fortfall der Grenzkontrollen in Seth gestoßen.

Vertreter der „Dansk Folkeparti“ (DF), die als Käufer mit mehr als 300 Leuten die alte dänische Grenzstation in Seth übernahm und die gegen Schengen agitierten, sowie von der VU zeigten sich gestern gegenüber dem Nordschleswiger über die Vorfälle entsetzt.

Wie berichtet, war eine Teilnehmerin der Jungen SPitzen von einer DF-Person bespuckt worden. Mehrfach ertönten Rufe wie „Landesverräter“ auch gegen den aus Tondern stammenden VU-Landesvorsitzenden Peter Christensen; und es gab gegen die rund 80 anwesenden Mitglieder von VU und Jungen SPitzen Rufe wie „Nazischweine“, „Hitlerjugend“ und „Judas“.

Er habe zwar das Wort „Landesverräter“ gehört, sagte Nordschleswigs DF-Amtsvorsitzender Lars Rydhard, Apenrade, „aber ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand bespuckt worden ist. Das behauptet man so einfach in der Hitze des Gefechtes. Ich glaube das nicht – kein Kommentar“.

Von den anderen Rufen habe er nichts bemerkt, sagte Rydhard. „Ich war die ganze Zeit in Seth dabei. Ich habe zu Beginn sogar die Flagge aufgezo-gen.“ Sollten die Beschimpfungen aber doch gefallen sein, „dann nehme ich davon Abstand. ‚Nazi‘ – dieses Wort gehört nirgendwo hin“. Im übrigen wäre es auch „dumm, so etwas zu sagen, zumal wenn die Presse dabei ist“, sagte der Vorsitzende, äußerte sich aber nicht über die Dummheit oder Klugheit von DF-Mitgliedern.

„Das ist verwerflich. Das können wir nicht akzeptieren“, meinte DF-Pressechef Søren Espersen, Kopenhagen, zu den Beschimpfungen. Bei zwei Parteien an einem Ort – eine Pro- und eine Anti-Schengen-Gruppe – herrsche natürlich „ein Geben und Nehmen“ – aber: „Das kann nicht die Meinung sein!“

„Wenn wir wüssten, wer das war, würden wir ihn schon zur Rechenschaft ziehen“, versicherte Espersen im Blick auf die allein 270 DF-Mitglieder und -Anhänger, die in mehreren Bussen von einer vorherigen DF-Konferenz gegen Schengen im „Tønderhus“, Tondern, zum Grenzübergang Seth gefahren waren. Andererseits seien die Organisatoren „nicht verantwortlich für 400 Leute“, so Espersen – aber: „Das ist nicht unser Stil. Ich muss das bedauern.“

„Ich selbst bin ‚Landesverräter‘ genannt worden“, bestätigte VU-Landesvorsitzender Peter Christensen. „Das ist unglaublich unerfreulich!“ Es gebe Abgründe zwischen der jüngeren Generation, die zu der neuen positiven grenzüberschreitenden europäischen Entwicklung stehe, und den anderen, die Angst hätten, dass ihr Vaterland zerstört werde, analysierte der VU-Landesvorsitzende. „Nichts ist aber verkehrter!“

„Nicht alle in der DF sind so, aber die Vorkommnisse liegen in ihrer Verantwortung“. Die gefallenen Äußerungen seien „völlig unakzeptabel“.

„Wenn das das einzige ist, was sie in dieser Situation können“, meinte Christensen im Blick auf DF-Mitglieder und -Anhänger, „dann sollten sie sich lieber fernhalten – anstatt schon vorher auf ihrer Konferenz die Leute gegen Schengen aufzuhetzen.“

„Die Jungen SPitzen haben meine volle Unterstützung“, betonte Christensen und begrüßte ausdrücklich ihr Engagement pro Schengen und pro EU. Von den gefallenen Äußerungen „sollten sie sich überhaupt nicht beeindrucken lassen“. Bei den Äußerungen habe es sich nicht um Einzelfälle gehandelt, sondern sie seien aus der breiten Masse gekommen, bestätigte Junge-SPitzen-Vorsitzender Jesper Jessen, Århus/Hoyer. Mit der DF wolle er nicht das Geringste zu tun haben. Was sich da in Seth abgespielt habe, sei einfach primitiv.

Der Nordschleswiger, 28.03.2001

Kein Fest für Schengen

Vom Nordkap bis Sizilien ohne Pass: Aber die fallenden Grenzen nähren in Skandinavien nur wieder die EU Skepsis

KOPENHAGEN Am Storskog, wo hoch oben im Norden Norwegen an Russland grenzt, ist die Zollstation mit aller verfügbaren Elektronik aufgerüstet worden. Auch die finnisch-russischen Grenzübergänge hat man mit Mitteln der Europäischen Union ausgebaut, um eine ebenso scharfe wie zügige Abfertigung zu sichern. Dutzende Häfen an den skandinavischen Küsten haben den Status als Schengen-Außenposten erhalten, und in Kopenhagens Flugplatz Kastrup werden Reisende von außerhalb der EU künftig durch die Passkontrolle geschleust, noch ehe sie die Transithalle betreten, während die anderen ungeprüft das Gelände verlassen können. Am kommenden Wochenende treten die fünf nordischen Länder dem Schengen-Abkommen bei, und dann liegen innerhalb der EU nur mehr die Britischen Inseln außerhalb des grenzfreien Raums.

So kann, wer nicht gerade durch die Schweiz reisen will, künftig vom Nordkap bis nach Sizilien fahren, ohne einen Pass vorweisen zu müssen. Doch statt Freude über diese Reiseerleichterung herrscht in Skandinavien zum Schengen-Abkommen wieder einmal die Skepsis, die so oft den Umgang mit den Errungenschaften der Union prägt: Was kann vom Süden her schon Gutes kommen? EU-Initiativen sind per definitionem bürokratisch, undemokratisch, bürgerfern. Dabei dominiert nicht die berechnete Furcht, dass sich Schengen-Land nach außen hin abschotte zum „Fort Europa“, sondern die Berührungsangst mit einer immer noch als allzu fremd angesehenen Union. Es ist, was Schwedens Ex-Premier Ingvar Carlsson den „verklebten Nationalismus“ nennt; die „Wir sind uns selbst genug“-Mentalität. Dabei ändert sich für die Skandinavier durch den Schengen-Beitritt in der Praxis

kaum etwas. Die Grenzen zu Russland waren auch bisher schon streng kontrollierte Übergänge, an denen kein Auto einfach durchgewunken wurde. Innerhalb Skandinaviens aber kann man – wenn nicht gerade die Maul- und Klauenseuche Sperren legt – schon seit den fünfziger Jahren so problemlos von einem Land ins andere fahren wie jetzt von Deutschland nach Frankreich.

So wichtig war den Skandinaviern der Erhalt ihrer eigenen Passunion, dass die EU-Mitglieder Dänemark, Schweden und Finnland erst zum Schengen Beitritt bereit waren, als die EU auch die Außenseiter Norwegen und Island als blinde Passagiere akzeptierte. Sonst wären die 83 Übergänge der 1619 Kilometer langen Grenze zwischen Norwegen und Schweden plötzlich Schengen-Außengrenzen gewesen. Ab Sonntag zählen auch Island und Norwegen zum Schengen-Land, wenn sie dort als assoziierte Mitglieder auch nur ein eingeschränktes Mitspracherecht genießen.

Bleiben die 68 Kilometer deutsch-dänische Grenze zwischen Flensburger Förde und Wattenmeer als einzige Landesgrenze, an der nun die Grenzbäume fallen. Anlass für Feiern ist das nicht. Von deutscher Seite hätte man den „historischen Tag“ im einst so umstrittenen und nun so friedlichen Grenzland gern festlich begangen. Doch der dänische Justizminister Frank Jensen ist „unabkömmlich“; nicht, weil er oder seine Regierung auf Distanz zu Schengen gehen, sondern weil sie wissen, dass es mit der Popularität des Projekts nicht weit her ist und dass es daher politisch unklug wäre, sich allzu stark damit zu identifizieren. Die Wunden der im Vorjahr verlorenen Euro-Abstimmung schmerzen noch. „Die europäisch gesinnten Parteien sind seither äußerst zurückhaltend“, bedauert der sozialliberale Parteichef Johannes Lebeck.

So überlassen sie das Feld wieder einmal dem rechts-nationalen Flügel, der schon vor ein paar Jahren mit einer Menschenkette und dem Slogan „eine Grenze muss sein“ gegen die Bildung einer deutsch-dänischen Grenzregion protestierte und der auch jetzt Pamphlete austeilt mit dem Inhalt, dass „Vertrauen katastrophal“ sei: „Nur illegale Einwanderer und Narkokriminelle haben gekrönte Tage.“ Die rechts-populistische Dänische Volkspartei hat für umgerechnet 120 000 Mark das aufgelassene Grenzerhäuschen in Saed gekauft, um es dem Staat zurückzugeben, wenn der „ungezügelter Zustrom fremder Horden“ diesen zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen zwingen werde.

Bisher gab es in Nordschleswig sieben Grenzübergänge, ab Sonntag wird die Passage an 50 Stellen möglich sein, und wer will, braucht nur über die Felder zu gehen, um zum Nachbarn zu kommen. Das konnte man freilich bisher auch schon. Nur legal war es nicht. Zahlreiche Asylbewerber haben bisher diesen Weg gewählt, um nach Dänemark zu kommen, und die dänische Polizei fürchtet, dass der Kampf gegen den Menschenschmuggel schwieriger werde, wenn die Kontrollen wegfallen.

Die Schengen-Expertin Malene Vind hingegen glaubt, dass die Überwachung effektiver sein werde, sobald die Ressourcen der Polizei nicht mehr durch die Grenzabfertigung in Anspruch genommen werden.

Auch für dänische Polizisten gilt künftig keine Grenze mehr. Sie können einen Bankräuber bis an den Bodensee verfolgen und ihn dort festnehmen. Umgekehrt gilt das nicht. Für deutsche Ordnungshüter ist 25 Kilometer hinter der Grenze Endstation, und verhaften dürfen sie niemanden. Sie können den Verdächtigen nur festhalten und die dänischen Kollegen alarmieren.

Das hat historische Gründe: Deutsche Polizisten auf Fahndung in Dänemark würden in dem einst von den Nazis besetzten Land immer noch unangenehme Erinnerungen auslösen. Und weil man nicht Sonderregeln für Deutschland einführen wollte, gelten die gleichen Beschränkungen auch für schwedische Polizisten an der Öresundbrücke.

„Unklug“ und „lächerlich“ nennt der Historiker Uffe Østergaard diese Haltung: „Sobald ein gefährlicher Verbrecher nach Dänemark flüchtet, werden alle verlangen, dass diese Praxis geändert wird.“ Østergaard hält es für „paranoid“, dass sich die Regierung Zurückhaltung auferlege, um den Nationalisten keine Munition zu liefern. „Hier geht es um Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg. Wir sollten diesen Tag feiern, statt der Haltung Nahrung zu geben, dass Grenzen besser sind.“

Doch das dänische Medienbild vom Schengen-Vertrag wird einstweilen von grotesken Schreckensszenarien beherrscht, die völlig außer Acht lassen, dass die grenzlosen Zeiten in zehn anderen Ländern längst Alltag sind: dass die Polizei den morgendlichen Stoßverkehr auf Kopenhagens Einfallstraßen blockieren werde, um flächendeckend jene Verbrecher zu jagen, derer man an der Grenze nicht mehr habhaft werde. Dass der Versicherungsschwindel mit im Ausland gestohlenen Autos florieren werde.

Und da ist die Geschichte vom „Pillenpass“, die tagelang die Schlagzeilen beherrschte. Da hatte die Gesundheitsbehörde eine Bestimmung des Abkommens so ausgelegt, als brauche jeder, der mit rezeptpflichtiger Medizin ins Ausland reise, dazu ein teures und mehrere Wochen im Vorhinein zu bestellendes ärztliches Zeugnis. Das müsse er dann bei der (nicht mehr existierenden) Grenzkontrolle vorweisen. Gesundheitsminister Arne Rolighed hielt Krisensitzungen, die zunächst dazu führten, dass man den Pillenpass auch sofort und viel billiger in Apotheken bekommen sollte, ehe er endlich zu der auch überall sonst praktizierten Lösung fand: dass die Leute samt ihrer Medizin reisen und sich um die Verordnung nicht weiter scheren sollten.

Hannes Gamillscheg, in: Frankfurter Rundschau, 29.03.2001

Errichtung einer Nationalen Gedenkstätte im „Frøslee-Lager“

In der Zeitschrift „Sønderjysk Månedsskrift“, Heft 2/3 (2000) nahm Museumsleiter Henrik Skov Kristensen unter der Rubrik „Det sker – på sønderjyske museer“ Stellung zu neuen Plänen für das ehemalige Polizeigefangenenlager in Frøslev, in dem zwischen September 1944 und April 1945 ca. 1600 dänische Polizeibeamte und Widerstandskämpfer von der deutschen Besatzungsmacht interniert worden waren. Mit den Planungen, die den Wünschen des „Frøslelejrensmuseum“ weitgehend entgegenkommen, fand eine 1994 begonnene Diskussion über widerstreitende Nutzungsinteressen auf dem Lagergelände, die sogar durch eine Gesetzesinitiative des dänischen Folketing begleitet wurde, ihren versöhnlichen Abschluss.

Die Redaktion

Der Rahmen und die Kulturlandschaft der Umgebung sind ein Teil des Museums – und umgekehrt. Dieses Zusammenspiel macht die Attraktivität der Einrichtung aus. Wenn die Funktion des Ortes als Häftlingslager beim Besucher keine Assoziationen auslöst und er den Flügelschlag der Geschichte hier nicht spürt, werden die wichtigsten Aktiva des Museums schlicht vergeudet. Daher hat das Museum immer die Gesetzesinitiative des dänischen Folketing über die Errichtung einer nationalen Gedächtnis Stätte als Parkgelände im Frøslee-Lager überaus positiv betrachtet, die dann im Folketing im Mai des Jahres 1999 behandelt wurde.

Das Hauptziel geht deutlich aus den Bemerkungen dieser Initiative hervor, so dass „die Gedächtnisstätte unabhängig vom Museum des Frøslee-Lagers sowohl als Museumsbetrieb genutzt werden als auch anderen kulturellen Aktivitäten dienen soll, die mit Rücksicht gegenüber der Gedächtnis Stätte betrieben werden können“. Ein Vorschlag, der unter anderem von „Sammenslutningen af danske fanger fra Frihedskampen“ (Verband dänischer Häftlinge aus dem Freiheitskampf) vorgebracht worden war, wurde nicht angenommen, sondern an den Kulturausschuss des Folketing verwiesen, der an einer gütlichen Einigung arbeiten sollte.

Eine Lösung zeichnet sich jetzt nach gründlichen Sondierungen und Erörterungen zwischen dem Umweltministerium (Grundeigentümer), dem Kultusministerium (das Museum des Frøslee-Lagers ist Eigentum des Dänischen Nationalmuseums) und „Den Selvejende Institution“, einer Stiftung von Sønderjyllands Amt und der

Gemeinde Bov, welche im Jahre 1984 die Nutzungsrechte für das Lagergelände Fröslee erhalten hatte, ab. Sie folgt genau den Richtlinien der Gesetzesinitiative des Folketing. Für die Errichtung der nationalen Gedächtnis Stätte im Fröslee-Lager stehen jetzt 1,5 Mill. dänische Kronen im Finanzhaushalt zur Verfügung. Das Fröslee-Lager freut sich vor allem über den sogenannten „Mindepark“, die Gedächtnisstätte, weil hier das Zusammenwirken zwischen Museum und dem umliegenden Gebiet verbessert wird. Es wird eine „Ent-Idyllisierung“ durch das Fällen von Bäumen im inneren Lagerbereich stattfinden; durch eine Bepflanzung wird zudem markiert, wo einst Stacheldraht gewesen ist, und auch abgerissene Baracken werden im Gelände ausgewiesen. Zudem ist geplant, Parkplätze innerhalb des eigentlichen Lagers zu entfernen und den Autoverkehr zu reduzieren. Gleichzeitig ist eine weit weniger intensive Pflege der Grünflächen beabsichtigt, so dass das Gebiet „urwüchsiger“ erscheinen kann. Schließlich wird es die Plandurchführung mit sich bringen, dass der Verein der Dänischen Export-Fuhrunternehmer (FDE), der bisher drei ehemalige Häftlingsbaracken einige Jahre lang gemietet hat, spätestens Ende 2003 das Lagergelände verlässt. Insgesamt wird das ursprüngliche Lager deutlicher hervortreten, und am wichtigsten ist, dass die neue Gedächtnisstätte die Lagergeschichte von 1944 bis 1945 hervorheben will.

Gerade dies hatten auch die örtlichen Behörden im Sinn, als in den Jahren 1983-84 im Zusammenhang mit der umfassenden Restaurierung des Lagers seitens „Den selvejende Institution“ einen Flächennutzungsplan für das Fröslee-Lager erstellt wurde. Man wollte damals, wie es in der Einleitung zum Plan heißt, „das Lager als geschichtliches Denkmal aus dem Zweiten Weltkrieg bewahren.“ Dies bedeutete u.a., dass „auf dem Gebiet kein Gewerbe ansiedeln darf“. Nur „Einrichtungen, die eine kulturelle, geschichtliche oder in anderer Weise natürliche Verbindung hierzu haben, (sollten sich demnach) sich im Gebiet etablieren dürfen“.

Der seinerzeitige Flächennutzungs- und Bauplan gibt auch Anweisungen für vernünftige Richtlinien für das Erscheinungsbild des Lagers. Damit sollte sichergestellt werden, dass „das Lagergebiet äußerlich weitestgehend dem Aussehen im Jahre 1945 wieder angepasst wird.“ Es heißt hier, dass „durch Bestimmungen für die unbebauten Bereiche Regeln für die allgemeine Bepflanzung, Beleuchtung und Pflegemaßnahmen der Flächen so festgelegt werden, dass das ursprüngliche Erscheinungsbild des Lagers so wiederhergestellt werden kann, dass es mit der zukünftigen Nutzung in Einklang gebracht werden kann“.

Sowohl bei der staatlichen Initiative für eine Nationale Gedenkstätte als auch bei dem Flächennutzungsplan ist es also ein ganz zentraler Punkt, dass die Authentizität des Fröslee- Lagers als Gefangenlager von 1944 bis 1945 bewahrt

wird. Das „Frøslevlejrens Museum“ wird natürlich gerne an der Verwirklichung dieser Zielsetzung teilnehmen.

Henrik Skov Kristensen

Europaausschuss-Chef zweifelt am Modellcharakter der Grenzregion

KIEL (Ino) Zweifel am Modellcharakter der deutsch-dänischen Grenzregion hat der Vorsitzende des Europaausschusses des schleswig-holsteinischen Landtags, Rolf Fischer (SPD), geäußert. Lediglich in der Frage der Minderheitenpolitik handele es sich um eine Vorzeigeregion, sagte Fischer am Sonnabend in einem Interview in Kiel. „Auf ökonomischer Ebene und bei den gegenseitigen Sprachkenntnissen befinden wir uns immer noch auf dem Stand der 70er Jahre“, kritisierte der Landtagsabgeordnete. Auf beiden Seiten der Grenze habe in den vergangenen Jahren die Bereitschaft, die jeweilige andere Sprache zu lernen, abgenommen. Stattdessen rückte Englisch in den Vordergrund an den Schulen. Auch auf dem wirtschaftlichen Sektor bestünden zum Teil jahrzehntealte Vorurteile, bürokratische Hemmnisse und Probleme durch eine unterschiedliche Gesetzgebung.

„Die Pendlerzahlen zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein stagnierten mit knapp 2500 in beide Richtungen auf niedrigem Niveau. Hier gibt es seit Jahren keinen Fortschritt, obwohl die Beratungsstellen über Arbeitsmöglichkeiten im Nachbarland durchaus rege Nachfrage verzeichnen“, sagte der Sozialdemokrat. Es sei jetzt die Aufgabe von Regierungen in Kiel, Kopenhagen und Berlin darüber nachzudenken, wie diese Hemmnisse beseitigt werden könnten, meinte er. Anderenfalls sei zu befürchten, dass andere Grenzregionen, beispielsweise an der Ostgrenze der Europäischen Union, mehr Aufmerksamkeit erhielten. Für die deutsch-dänische Grenzregion seien bestehende EU-Programme, etwa das EURES-Programm für Beschäftigung oder das Projektbüro für grenzüberschreitende Arbeitsmarktinitiativen, vorerst unverzichtbar.

Flensburger Tageblatt, 09.04.2001

25 Jahre Grenzregionsforschung

APENRADE (ka) Die einzige Panne beim Empfang anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des Institutes für Grenzereionsforschung, Apenrade, im Amtrathaus in Apenrade war gestern schnell behoben – als erfahrener Redner war es für Amtsbürgermeister Carl Holst (Venstre) kein Problem, das Mikrofon richtig

einzustellen. Anschließend konnte der Direktor des „Instituts for Grænseregionsforskning“, Jørgen Kühl, sich bei den „gut 100 Menschen“ für ihr Erscheinen bedanken und dem Amt Nordschleswig nicht nur für die zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten einen Dank aussprechen.

In den darauf folgenden „offiziellen“ Reden blickten Holst, der Departementchef des Informationstechnologie- und Forschungsministeriums, Leo Bjørnskov, sowie der Vorsitzende des Vorstandes, Peder Pedersen, auf 25 erfolgreiche und manchmal auch weniger erfolgreiche Jahre zurück. Auch der dänische Generalkonsul Henrik Becker-Christensen, Flensburg, und Apenrades Bürgermeister Jørgen Witte (Soz.) überbrachten Grüße zum Jubiläum. Doch nicht nur die Redner würdigten die „Silberhochzeit“ des Institutes, dem am Anfang lediglich eine Lebenszeit von fünf Jahren vorausgesagt wurden, wie Bjørnskov in seiner Rede wissen ließ, sondern gab es auch eine ganze Menge anderer Gratulanten: u.a. den Hauptvorsitzenden des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN), Hans Heinrich Hansen, den politischen Sprecher der Schleswigschen Partei (SP), Gösta Toft, die schleswig-holsteinische Minderheitenbeauftragte Renate Schnack, Braderup/Nordfriesland, sowie eine große Schar des nordschleswigschen Amtesrates. Und alle blickten sie bereits voller Vorfreude auf den nächsten Empfang – die goldene Hochzeit.

Der Nordschleswiger, 18.05.2001

Tipps zu Minderheiten-Sprachen

KIEL (mas) In keiner anderen Region Europas gibt es so viele traditionelle Sprachen wie in Schleswig-Holstein. Diese Vielfalt zu sichern und zu fördern ist das Ziel der gestern von Ministerpräsidentin Heide Simonis gemeinsam mit der Minderheitenbeauftragten Renate Schnack in Kiel vorgestellten Broschüre „Die Europäische Charta der regional- und Minderheitensprachen“. Danach sollen Dänisch, Nordfriesisch, Romanes, sowie Niederdeutsch als „kulturelles Erbe für die Zukunft bewahrt werden“, sagte Simonis. Die Broschüre gibt Tipps und Informationen rund um das Thema der Minderheitensprachen. „Wir wollen keine Folklore – sondern die Sprachen sollen Sprachen des Alltags sein“, wünscht sich Simonis. Die dänische Minderheit umfasst etwa 50 000 Menschen; knapp 10 000 Schleswig-Holsteiner sprechen friesisch, wobei nochmal 10 000 Personen passive Sprachkenntnisse haben. Rund 5 000 Sinti und Roma leben im nördlichsten Bundesland. Die Zahl der Plattdeutsch sprechenden geht in die Millionen.

Flensburger Tageblatt, 19.5.2001

Die Broschüre kann bei der Pressestelle der Landesregierung, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, angefordert werden. Sie kann auch aus dem Internet: http://www.schleswig-holstein.de/landsh/landesreg/staatskanzlei/grenzland_index.html herunter geladen werden.

Die Redaktion

(I)kone Pia

(dm) Einmal im Jahr steht die dänische Minderheit im Blickpunkt des Interesses auch über die eigenen Grenzen hinaus, beim traditionellen Jahrestreffen. Auch wenn diesmal der Stammgast der letzten Jahre, Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen, fehlt, so ist die Garde der dänischen Politiker, die am „Arsmøde“-Fest vom 8. bis 10. Juni im ganzen Landesteil Schleswig teilnimmt, doch wieder beachtlich; allen voran Folketingspräsident Ivar Hansen und die Kulturministerin. Besondere Aufmerksamkeit wird aber diesmal eine Politikerin finden, die auch in der dänischen Minderheit mehr als umstritten ist: Pia Kjærsgaard, die Vorsitzende der rechten „Dansk Folkeparti“, ist mit ihrer Politik „Dänemark den Dänen“ einigen in der dänischen Minderheit doch zu dänisch, zu nationalistisch. Vor allem die SSW-Fraktionsvorsitzende im schleswig-holsteinischen Landtag, Anke Spoorendonk, die sich in Deutschland vehement gegen fremdenfeindliche Rechtstendenzen einsetzt, hat sich auch mehrfach öffentlich mit klaren Worten vom rot-weißen Weltbild der dänischen Volkspartei distanziert, deren Chefin „Der Spiegel“ spöttisch als „Haider-Verschnitt mit Smørrebrød“ bezeichnete.

Die Nachwuchsorganisation des SSW, SSW-U, hat nun für Aufregung gesorgt, will gegen die Teilnahme von Pia Kjærsgaard öffentlich protestieren. Der Vorsitzende, Stefan Seidler, nannte in seinem schriftlichem Jahresbericht die Dansk Folkeparti „rassistisch und faschistisch“ und erklärte, es sei ein falsches Signal, „wenn der Dannebrog zusammen mit der Ikone des dänischen Rechtspopulismus gehisst werde, ohne uns von deren Politik zu distanzieren.“ Der Veranstalter, SSV/SSF („Sydslesvigsk Forening“), hält scharf dagegen, sieht es als Anschlag auf eine besondere dänische Tradition. Alle Parteien des dänischen Folketings seien in der dänischen Minderheit stets willkommen, sagte SSV-Generalsekretär Jens A. Christiansen. In der Tat hat es schon früher heftig umstrittene Gäste bei den Jahrestreffen gegeben, die seit 1921 stattfinden. Verwiesen wird u.a. auf den Gründer der Fortschrittspartei, Mogens Glistrup, dessen Z-Bewegung sich unpopulär machte, weil die Partei die Staatszuschüsse für die dänische Minderheit ganz streichen wollte. Im Gegensatz dazu ist die „Dansk Folkeparti“ hundertprozentig für die Staatszuschüsse, und der 4. Vizepräsident des

Folketings, Poul Nødgaard, ist ein ganz besonderer Südschleswig-Fan, der sich ebenso wie andere DF-Vertreter empört über die angekündigte Anti-Pia-Demo zeigte. Ein DF-Folketingskandidat aus Nordschleswig erinnerte kürzlich in einem Leserbrief in „Flensburg Avis“ die SSW-Jugend daran, dass sie in einem Land lebt, in dem die deutsche Hauptstadt Berlin heute Istanbul ähnlich sieht. Und schließlich werde die dänische Minderheit bald überhaupt keine dänischen Parteien mehr zu Gast haben, da ja doch alle anderen Parteien sich nun den Ansichten von Dansk Folkeparti anschließen, so seine dreiste Behauptung!

Natürlich denkt Pia Kjærsgaard, die erst kürzlich ihre nationale Führungsrolle beanspruchte, als sie in Seth das ehemalige dänische Grenzgebäude für ihre Partei erwarb, um so gegen EU und Schengen zu protestieren, nicht daran, auf eine Teilnahme bei der dänischen Minderheit zu verzichten. Noch ist offen, wo die Vorsitzende selbst das Wort ergreifen wird. Manches spricht aber dafür, dass die Veranstaltung in der dänischen Hochschule in Jarplund stattfindet, das inzwischen auch SSF-Hauptquartier genannt wird, weil hier der stellvertretende SSV-Vorsitzende Dieter Küssner als Rektor amtiert, während sein SSV-Chef Heinrich Schultz seit kurzem an der „Jaruplund Højskole“ ihm aufklärerisch als Lehrer dient. Angesichts der Proteste von SSW-U soll es bereits Angebote von deutschen Autonomen gegeben haben, den dänisch-südschleswigschen Gesinnungsfreunden bei der Demonstration gegen Kjærsgaard zu „helfen“, aber SSW-U hat jede Einmischung strikt abgelehnt!

Für die Veranstalter ist aber nicht die Hochschule als Tagungsort das eigentliche Problem, sondern sie fürchten vielmehr, dass Pia Kjærsgaard auch persönlich an dem in Dannebrog eingepackten Umzug durch die Straßen Flensburgs zum „Årsmøde“-Platz teilnehmen will. Zwar hat Pia Kjærsgaard, seit unangenehmen Zwischenfällen in Dänemark, bei denen sie leider sogar tätlich angegriffen wurde, privaten Personenschutz, aber um ihre öffentliche Sicherheit in Flensburg zu gewähren, müsste die dänische Minderheit nun auch die deutsche Polizei um Amtshilfe bitten. Damit zum Beispiel Autonomen keine Angriffsfläche geboten wird.

Das garantiert der dänischen Minderheit mit ihrer Doppel Strategie – Pro und Contra – jedenfalls mehr Presse und Aufmerksamkeit, als man es sich in verantwortlichen Kreisen wünscht!

Der Nordschleswiger, 19.05.2001

Vorstandsmehrheit: Kein Vertrauen zum Museumschef

Thorkild Kjærgaard geht trotz Misstrauen Arbeit nach/Amt entscheidet über weiteren Verlauf

SONDERBURG (dn) Nach einer fast vierstündigen Sitzung des Vorstandes vom Sonderburger Museum haben sechs der neun Mitglieder dem Museumsleiter Thorkild Kjærgaard ihr Misstrauen ausgesprochen. Über die Gründe schweigt sich der Vorsitzende Orla Tangbæk, Tondern, aus: „Eine Begründung ist an das Amt geschickt. Mehr will ich nicht sagen.“

Bedeckt hält sich auch Amtsbürgermeister Carl Holst (V): „Vorstände unterliegen der Schweigepflicht. Das gilt insbesondere Personensachen. Was ich zu sagen habe, sage ich auf der Sitzung am 27. Mai“, so der Amtsbürgermeister zum Termin des Ökonomieausschusses. Denn das Amt ist Instanz bei Anstellungssachen.

Der ansonsten als übersprudelnd und impulsiv bekannte Museumsleiter Thorkild Kjærgaard ist gleichermaßen zurückhaltend. „Ich mache weiter wie bisher“, meint er nach einigem Zögern. Dabei kann er sich auf Mitarbeiter verlassen, die ihm das Vertrauen ausgesprochen haben. Eine positive Erklärung der Belegschaft lag dem Vorstand gestern vor.

Überrascht ist er von dem Misstrauen nicht: „Ich wusste schon, dass die Mehrheit gegen mich ist. Das hat mir der Vorsitzende vorher gesagt“, meint Kjærgaard.

Das Misstrauen gegenüber seinen Führungsqualitäten wird u.a. darin gesehen, dass er die wegen eines Forschungsauftrags beurlaubte Inge Adriansen von Personalsitzungen ausgeschlossen hat. Das sieht Thorkild Kjærgaard nicht so: „Ich habe nur einen unnormalen Zustand wieder normalisiert. Früher ist sie zu Projekten für das Schloss herangezogen worden. Das ist aber lange her. Wenn jemand beurlaubt ist, ist man beurlaubt“, rückt Kjærgaard den Vorwurf zurecht, dass er sie aus Sitzungen verwiesen hat.

Auch der Vorwurf, er sei nicht kompromissbereit, „stimmt nicht. Ich ziehe meine Beschlüsse nicht einfach durch, sondern sage nur, wie was zu machen ist“.

Ob der Beschluss seine Arbeitsfreude beeinträchtigen könnte, sei noch zu früh zu sagen: „Ich weiß es erst seit zwei Stunden. Ich habe nicht gekündigt. Ich stehe weiter in Diensten und werde meine Aufgaben machen, meint Thorkild Kjærgaard vorsichtig. Er hat durch diese Sache gelernt, bei Personensachen, „die Worte auf die Waagschale zu legen.“

Der Nordschleswiger, 19.05.2001

Entthront

(dm) Der Ökonomieausschuss des nordschleswigschen Amtrates hat gestern einstimmig – also auch mit der Stimme von SP-Vertreter Harald Søndergaard – den bisherigen Sonderburger Museumsleiter, den landesweit renommierten Thorkild Kjærgaard, entlassen. Das ist die Realität, die aber nach den Ereignissen der letzten Wochen nicht mehr überraschen konnte, zumal ihm ja der örtliche

Museumsvorstand mehrheitlich das Misstrauen ausgesprochen hatte. Bemerkenswert jedoch, dass der Museums-Vorsitzende, der Venstre-liberale Ex-Kommissar Orla Tangbæk, und seine sozialdemokratische Stellvertreterin gegen die Entlassung votiert hatten. Für wen spricht das?

Für alle Seiten war der gestrige Trennungsstrich wohl unausweichlich, denn zu viel böses Blut hatte sich auf beiden Seiten aufgestaut. Die museumsfachliche Kompetenz von Kjærgaard hat niemand bestritten, aber nicht nur sein Führungsstil gegenüber dem eigenen Personal hat ihm Ärger eingebracht. Wer wie er den eigenen Vorstand mit Schimpfwörtern belegt, die nicht dem Sprachschatz eines Kopenhagener Intellektuellen entspringen, der muss sich nicht wundern, dass sein Abschied vorprogrammiert ist. Zuletzt hat Kjærgaard ohne Einsicht und ohne Einlenken noch die Nägel für den eigenen Sarg geliefert. Er wollte es wohl nicht anders, auch wenn er nun von einer „symbolischen Hinrichtung“ spricht. Was wirklich hinter den Kulissen im Hoftheater gespielt worden ist und mit welchen Rollen, verdient historisch später einmal aufgearbeitet zu werden. Da sind ganz schöne linke Sachen gelaufen – auch über die Medien. Jene, denen die holbergsche Nase von Kjærgaard zu weit herausragte und missfiel, haben sich jedenfalls die Hände gerieben – vor Freude über die auch von ihm leider gelieferten Steilvorlagen.

Das Kapitel Kjærgaard ist nun zu Ende; menschlich tragisch und viel zu früh, wie wir bedauern, denn Kjærgaard, dem die Kopenhagener Zeitung „Politiken“ gestern unter der Überschrift „Provo aus Sonderburg“ sogar eine ganze Seite widmete, war für die Museumslandschaft ein Gewinn. Eine Bereicherung, die Nordschleswig oft originell, aber auch eigenwillig auf die Landkarte setzte.

Deshalb: auch wenn viele klatschen, weil sie einen unbequemen, störrischen Zeitgeist endlich losgeworden sind, bleibt unterm Strich als Fazit, dass Nordschleswig mit der Entthronung dieses Mannes im Sonderburger Schloss kulturell ärmer geworden ist. Schade, dass diese Kapazität für Nordschleswig eine Nummer zu groß war – und dass dies nun landesweit nicht nur von ihm bestätigt worden ist!

S. Matlok, in: Der Nordschleswiger, 29.05.2001

Charta im FUEV-Blick

Nachdem sie zehn Jahre lang aus guten Gründen ihren Arbeitsschwerpunkt auf die ethnischen und nationalen Minderheiten in Osteuropa gelegt hat, die seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems und der Öffnung des Eisernen Vorhangs die Möglichkeit hatten, sich zu organisieren und eigene - wenngleich auch häufig noch recht bescheidene – Strukturen aufzubauen und der

Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) beizutreten, will die FUEV ihr ursprüngliches Arbeitsfeld Minderheiten in Westeuropa wieder stärker beackern.

Anlass dazu ist die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Manche Minderheiten sehen es als erforderlich an, einmal vor Ort und innerhalb der konkreten Lebensgebiete der Minderheiten zu überprüfen, in welcher Form die Sprachencharta ihnen in ihren Bestrebungen weiterhilft, ihre eigene Sprache anzuwenden, zu erhalten. Ein komplexes Feld, zumal es nicht allein um den Gebrauch der Minderheitensprache(n) innerhalb der Volksgruppen, sondern beispielsweise auch um ihre Anwendung im öffentlichen und behördlichen Zusammenhang, um ihre Förderung in Bildungseinrichtungen bis hin in Universitäten geht.

Trotz Fördermaßnahmen für Minderheitensprachen – ein Beispiel stellt das Friesische dar, wie auf dem 46. FUEV-Nationalitätenkongress in Heerenveen in der niederländischen Provinz Friesland deutlich wurde – herrscht bei vielen Minderheiten Unbehagen, das sich auch auf einen zu geringen oder zu nachlässigen Gebrauch der eigenen Sprache erstreckt. Eine latente Furcht geht um, dass sie ihre eigene Sprache eines nicht allzu fernen Tages verlieren könnten. Dabei sind besonders die sog. kleinen Sprachen, und zu ihnen zählt auch das Friesische, gefährdet, nicht minder aber auch größere Sprachen, weil sich EU-weit Englisch/Amerikanisch seit Mitte der 1990er Jahre immer mehr in den Vordergrund schiebt, wozu nicht zuletzt private, staatliche und halbstaatliche (Groß-)Unternehmen kräftig Vorschub leisten; man denke nur an das Gegenwartsvokabular der Wirtschaft und Finanzwelt und an die Werbung, die ohne angelsächsisches Geplapper nicht mehr meint auskommen zu können.

Damit die FUEV den Minderheiten bei einer Evaluierung der Sprachencharta wirksam Hilfe leisten kann, benötigt sie angesichts ihres sehr begrenzten Jahresetats von gerade einmal 340 500 DM (so der Voranschlag für 2001) mehr Geld. Als mögliche Lösung sieht sie dabei eine Zusammenarbeit mit dem Europäischen Büro für weniger gebrauchte Sprachen (EBLUL) mit Sitz in Dublin und Brüssel an, das sich seit Jahren des Zuflusses von EU-Mitteln erfreut. Eine weitere Möglichkeit könnte sich auch in Projektmitteln der OSZE auf tun, wie der persönliche Referent des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten Max van der Stoel, der Norweger Dr. Carl Salicath, den Kongressteilnehmern andeutete. Salicath bleibt, während die Amtszeit des Niederländers van der Stoel endet und ab 1. Juli der Schwede Rolf Ekeus neuer OSZE-Hochkommissar in Sachen Minderheiten wird.

Darüber hinaus muss die FUEV – wieder – etwas politischer werden, um einen Absturz in die Bedeutungslosigkeit zu vermeiden; auch das wurde auf ihrem 46. Kongress deutlich. Karel Smolle, Leiter des Österreichischen

Volkgruppenzentrums in Wien und früheres Grünen-Mitglied im Nationalrat der Alpenrepublik, brachte es auf den Punkt: „Eine Repolitisierung der FUEV ist sehr wichtig!“

Damit sie – auch mit relativ wenig Geld – zusammen mit ihren Minderheiten einiges bewegen kann.

Der Nordschleswiger, 30.05.2001

Jahrestreffen der Dänen

Etwa 20 000 Menschen haben am traditionellen Jahrestreffen der Dänen im schleswig-holsteinischen Landesteil Schleswig an diesem Wochenende teilgenommen. Strömender Regen und Proteste gegen die Vorsitzende der rechtgerichteten Dänischen Volkspartei, Pia Kjaersgaard, trübten am Sonntag in Flensburg jedoch die Schlussfeiern des 77. Aarsmøde. Mit dem Traditionstreffen dokumentiert die Bevölkerungsgruppe in jedem Jahr ihre Verbundenheit mit Dänemark.

Wie in jedem Jahr waren alle im dänischen Parlament (Folketing) vertretenen Parteien vom Südschleswigschen Verein, dem kulturellen Dachverband der Minderheit, eingeladen worden, Vertreter zum Jahrestreffen zu entsenden. Die Volkspartei war erstmals durch ihre umstrittene Vorsitzende Kjaersgaard vertreten, die an zwei Veranstaltungsorten sprach.

Proteste der Jugendorganisation des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) gegen die Teilnahme Kjaersgaards verliefen friedlich. Als sich die Parteivorsitzende jedoch in den abschließenden Flensburger Festumzug einreihen wollte, wurde sie von jungen Leuten dran gehindert. „Sie wurde umzingelt und abgedrängt“, sagte ein Sprecher der Minderheit.

Der schleswig-holsteinische Landtagspräsident Heinz-Werner Arens (SPD) hatte in einem Grußwort die Bedeutung der Identität von Regionen in einem größer werdenden Europa hervorgehoben. Regionale Kulturen zu bewahren, das sei in der Zeit der Globalisierung kein Widerspruch, sondern geradezu erforderlich, meinte Arens. „Traditionelle Mehrsprachigkeit“, wie sie im Landesteil Schleswig gepflegt werde, ist nach Auffassung der schleswig-holsteinischen Minderheitenbeauftragten Renate Schnack „aktueller denn je“. Vielsprachigkeit sei gleichbedeutend mit dem Respekt vor anderen Kulturen, sagte Schnack in Keitum/Sylt auf einer weiteren Feier des Jahrestreffens.

Das seit 1920 begangene „Aarsmøde“ umfasste rund 45 Einzelveranstaltungen. Es endete mit drei Freilichttreffen in Flensburg, Schleswig und im nordfriesischen Tönning.

Flensburger Tageblatt, 11.06.2001

Polizei musste Kjaersgaard vor Autonomen schützen

DF-Chefin suchte bei Jahrestreffen dänischer Minderheit Nähe der Demonstranten

Während es am Sonnabend während des Auftritts der Vorsitzenden von Dansk Folkeparti (DF), Pia Kjaersgaard, im Rahmen des Jahrestreffens der dänischen Minderheit in Glücksburg bei friedlichen Protesten der Jugendorganisation des SSW und einiger Linker aus Flensburg blieb, spitzte sich die Lage während des gestrigen Umzugs der dänischen Südschleswiger durch Flensburg zu:

Kurz nach dem Beginn des Umzugs nahmen rabiate Autonome in der Fußgängerzone der Fördestadt die rechtspopulistische Politikerin in die Zange, die sich in die Reihe der mit dänischen Nationalfahnen geschmückten Teilnehmer begeben hatte. Eine Gruppe von 20 Jugendlichen der Bewegung „Antifaschistische Aktion“ näherte sich in der Flensburger Norderstraße der dänischen Politikerin, und es kam zu Tumulten. DF Pressechef Søren Espersen soll im Gedränge auf die Demonstranten eingepöbeln haben.

Eine kleinere Gruppe Polizeibeamte, die auch mit Hunden ausgerüstet war, reagierte sofort und brachte die von ihrem Ehemann Henrik Thorup begleitete Politikerin in Sicherheit. Sie wurde in ein angrenzendes Goldschmiedegeschäft befördert.

Pia Kjaersgaards Auftritt im Umzug der dänischen Minderheit hatte nur wenige Minuten gedauert. Sie erschien später auch nicht mehr auf dem dänischen Sportplatz an der Waldstraße, wo die Abschlusskundgebung des Jahrestreffens stattfand. Kjaersgaards Parteikollege Poul Nødgaard sprach von einer skandalösen Sicherheitslage während des Jahrestreffens. Das Landtagsmitglied des SSW, Anke Spoorendonk, trage die ganze Verantwortung dafür, dass es zu einem solchen Ende gekommen sei. Spoorendonk liege seiner Ansicht nach ganz weit draußen auf dem kommunistischen Flügel. Die SSW-Fraktionsvorsitzende im Landtag hatte mehrfach betont, dass sie nicht mit der Ansicht Kjaersgaards übereinstimme, dass die dänische Minderheit in Südschleswig ein Beispiel dafür sei, wie wichtig es sei, das eigene Dänentum zu verteidigen.

„Ich habe nicht die Kugeln gegossen, die zu dieser Konfrontation geführt haben“, so die SSW-Politikerin nach der Evakuierung Kjaersgaards, die DF-Chefin habe die Art der dänischen Minderheit, den Danebrog zu benutzen, missbraucht.

Pia Kjaersgaard blieb rund eine Stunde in der Goldschmiede, wo sie vom Vizevorsitzenden des Südschleswigschen Vereins (SSV), Dieter Küssner, begrüßt wurde. Dieser sagte später, Pia Kjaersgaard habe sich nicht an die Absprache gehalten, sich erst am Burgplatz in den Umzug einzureihen. Sie habe sich bewusst zum Ausgangspunkt Nordermarkt begeben, wo sich die Demonstranten befanden, sagte auch der Sprecher der Polizei, Andreas Bündels. Kjaersgaard habe sich zu keinem Zeitpunkt in Gefahr befunden. Auf Flugblättern hatte die „Antifaschistische

Aktion“ zu „fantasiereichen Störungen“ der DF-Politikerin aufgerufen.

Der Nordschleswiger, 11.06.2001

Chaotischer Start beim Umzug

Protestaktion. Pia Kjærsgaard fühlte sich von Autonomen bedroht und verließ das Jahrestreffen unter Polizeischutz

Pia Kjærsgaards Teilnahme beim Umzug des dänischen Jahrestreffens dauerte nur ganz kurz. Schon nach wenigen Metern fühlte sie sich bedroht und suchte Zuflucht in einer Bar in der Großen Straße. Danach wurden Polizeibeamte um Schutz herbeigerufen.

Ursprünglich abgemacht worden war, dass sich Pia Kjærsgaard erst am Burgplatz dem Umzug anschließen sollte, aber sie wollte von Anfang an mit dabei sein, sagte Polizeioberkommissar Andreas Bündels, der für die Sicherheit in der Fußgängerzone zuständig war.

Nachdem die am Burgplatz wartenden Beamten in die Fußgängerzone geeilt waren, setzte Pia Kjærsgaard ihren Weg fort. Aber es vergingen wiederum nur wenige Minuten, dass die Demonstranten ihr folgten. Gut beschützt von ihrem Mann, Henrik Thorup, dem zweiten Vorsitzenden des SSF, Franz Dittrich, und ihrem Pressesprecher Søren Espersen, flüchtete sie erneut in den Hausflur eines Goldschmiedegeschäftes in der Norderstraße 6.

Noch Stunden nach dem Auftritt war Pia Kjærsgaard tief entrüstet und zu keiner Stellungnahme bereit. Das übernahm Søren Espersen. Er behauptete, dass die Polizei keinerlei Kontrolle über die Situation gehabt hätte, er werde nun zu Justizminister Frank Jensen gehen, der für den Schutz der dänischen Politiker bei offiziellen Auslandsauftritten zuständig sei. Die Menschen hätten sie zerrissen, die seien rücksichtslos gewesen, sagte Søren Espersen und dehnte zugleich seine Kritik auf die SSW-Landtagsabgeordnete Anke Spoorendonk aus, die er als den größten Schlingel bezeichnete, die die dänische Minderheit repräsentierte.

Flensburgs Polizei hatte aber eine ganz andere Meinung zu dem Vorfall. Pia Kjærsgaard hatte keinen Grund, so ängstlich zu reagieren, sagte Andreas Bündels später. Er habe die Situation unter Kontrolle gehabt und vertrat die Auffassung, dass sie sich selbst in diese Situation hineinmanövriert hätte, da sie die ursprüngliche Vereinbarung, erst vom Burgplatz mitzumarschieren, gebrochen habe.

Pia Kjærsgaard verlangte sogar eine gepanzerte Limousine über die die Flensburger Polizei jedoch nicht verfügt. Während sich die Demonstranten vollkommen ruhig verhielten, wurde der Juwelier hinzugerufen und die Tür zum Hinterausgang geöffnet. Dort wurde Pia Kjærsgaard abgeholt. Nach diesem

Vorfall wollte sie nicht weiter am Jahrestreffen in Flensburg teilnehmen. In einer kurzen Pressemitteilung, die unmittelbar nach der Veranstaltung auf dem Årsmødepladsen in Flensburg herausgegeben wurde, hielten SSF, SSW und die SSW-Jugend fest, dass keiner von Ihnen der Ansicht sei, dass einer der Gäste und Teilnehmer am Jahrestreffen belästigt worden sei. Alle drei Organisationen bedauerten die Vorgänge um Pia Kjærsgaard während des Jahrestreffens in Flensburg.

Flensburg Avis, 11.06.2001 (Übersetzung)

11. NORDFRIESISCHES SOMMER-INSTITUT

Vortragsreihe im Nordfriisk Instituut in Zusammenarbeit mit der Universität Flensburg, Beginn jeweils 19.30 Uhr:

Mittwoch, 27. Juni 2001, 19.30 Uhr

Prof. Dr. Horst Joachim Frank:

Vom „Geizhalz“ bis zur „Dunklen Hochzeit“

Zur Geschichte der nordfriesischen Literatur

Eröffnung des 11. Nordfriesischen Sommer-Instituts durch Prof. Dr. Gerd-Jürgen Müller, Rektor der Universität Flensburg, und Landtagspräsident Heinz-Werner Arens

Mittwoch, 11. Juli 2001, 19.30 Uhr

Prof. Dr. Uwe Danker:

„Vorkämpfer des Deutschtums“ oder „entarteter Künstler“?

Emil Nolde in der Zeit des Nationalsozialismus

Mittwoch, 25. Juli 2001, 19.30 Uhr

Prof. Dr. Manfred J. Müller:

Meeresspiegelanstieg, Windstau und Tide

Sturmfluten aus der Sicht des Geowissenschaftlers

Mittwoch, 22. August 2001, 19.30 Uhr

Prof. Dr. Wilfried Janßen:

Zwischen Außensänden und Geest

Zur Entwicklung der nordfriesischen Landschaft

Mittwoch, 5. September 2001

Prof. Dr. Karl Haußer:

Minderheiten – Mehrheiten – Identitäten Gesellschaftliche und psychologische Aspekte des Zusammenlebens

Kontakt:

Nordfriisk Instituut, Süderstr. 30 Bräist/Bredstedt, NF Telefon (0 46 71) 20 81;
Telefax: (0 46 71) 13 33; e-mail: si@nordfriiskinstituut.de